

Bedingungen und Folgen des Einflusses von Bewegungen der Zivilgesellschaft auf die internationalen Finanzinstitutionen

Gutachten für die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“

Dr. Frieder Otto Wolf

inEcom. Institut für Europäische Kommunikation

Boppstr. 7

10967 Berlin

4. Dezember 2000

Zusammenfassung

‘Bewegungen der Zivilgesellschaft’, die sich auf die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) beziehen, sind vor allem transnational agierende NGO-Verbände und ExpertInnen-Communities. Diese haben sich mit der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte seit den 1970er Jahren einen begrenzten politischen Einfluss aufgebaut. Trotz ihrer tiefgreifenden Ungleichheiten - zwischen ‘sozialen Bewegungen’ und ‘professionellen Apparaten’, zwischen ‘Norden’ und ‘Süden’ (und ‘Osten’), zwischen Rucksack-DemonstrantInnen und akademisch etablierten ForscherInnen, zwischen UmweltaktivistInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen - ist es ihnen bisher gelungen, immer wieder die politische Kohärenz ihres breiten Spektrums von Alternativ- und Reformvorschlägen herzustellen. Dies gelang vor allem durch Konzentration auf die beiden gemeinsamen Grundforderungen:

- dass die Gestaltung der internationalen Finanzarchitektur nicht als eine aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnis ein für alle Mal ‘richtig’ zu beantwortende technische Frage zu behandeln ist, sondern ein politisches Problem, das der streitigen Aushandlung zwischen unterschiedlichen Interessen bedarf, und
- dass die in den IFIs vertretenen Regierungen der führenden Industrieländer nicht in geheimdiplomatischen Formen traditioneller Außenpolitik über die tief in die inneren Prozesse aller Staaten hineinwirkende Regulation der internationalen Finanzmärkte verhandeln sollten - ohne insbesondere die Interessen des ‘Südens’ und der eigenen Bevölkerungen als solche zu Wort kommen zu lassen.

Die IFIs selbst haben ihre Reaktionsformen erheblich verändert: Während ihre VertreterInnen in Berlin 1988 nicht einmal zum Basso-Tribunal erschienen, nahmen sie in Madrid 1996 immerhin schon an einer großen öffentlichen Diskussion mit dem gesamten Spektrum von Bewegungen, NGOs und ExpertInnen-Communities teil. In Prag 2000 stellten sich auf Initiative Vaclav Havels ihre Spitzen einer gleichberechtigten öffentlichen Diskussion mit führenden VertreterInnen des alternativen Aktionsbündnisses. Die Weltbank beteiligt ausgewählte NGOs seit den 1980er Jahren zunehmend bei der Durchführung von Projekten. Seit wenigen Jahren zieht sie solche NGOs auch bei ihrer Politikfindung hinzu. Inzwischen ist auch der Washington-Konsens als Grundlage der IFI-Politik in die politische Diskussion geraten. Aber die IFIs scheinen bisher kaum bereit zu sein, sich von dieser Grundlage substanziell zu lösen.

In den bevorstehenden Verhandlungsrunden über die Reform der internationalen Finanzarchitektur stellen die NGO-Verbände eine Herausforderung für repräsentativ-demokratisch bestimmte Regierungen, Parlamente und Parteien dar, politisch tragfähige Wege zu einer Überwindung der immer noch anhaltenden Reformblockade zu finden. Regierungen, Parlamente und Parteien können sich durch einen Dialog mit diesen transnationalen Akteuren bestehende Alternativen und Spielräume klarer vor Augen führen. Sie können dabei die Stimmen von Betroffenengruppen vernehmen, die sie auf anderen Kanälen nicht mehr erreichen würden. Sie können schließlich auch Bündnispartner finden, die im öffentlichen Diskurs Reformoptionen verankern helfen. Das nimmt ihnen allerdings nicht ihre eigene politische Verantwortung. Die ‘Zivilgesellschaft’ kann auch in diesem hochgradig internationalisierten Feld, nicht als Lückenbüßer in Anspruch genommen werden.

Gliederung

1. Die Regulation der Finanzmärkte als Gegenstand einer 'zivilgesellschaftlichen Politik': Typologie und Abgrenzungen
 - 1.1. 'Zivilgesellschaft' auf dem Felde der internationalen Finanzmärkte
 - 1.2. Die Entwicklung typischer Akteure
2. Forderungskataloge und Reformoptionen: Spannungslinien, Kohärenz und Solidarierungsgründe
 - 2.1. Politische Thematisierung der Folgen von Weltbankprojekten
 - 2.2. Politische Forderungen zur Schuldenkrise
 - 2.3. Proaktive Forderungen
 - 2.4. Von der Tobin-Steuer zu einer Politik der Regulation der internationalen Finanzmärkte
3. Kompetente 'Botschaften' und ihre dramatische Vermittlung: Die Ambiguität von Militanz als Kommunikationsverhalten und als mediales Ereignismuster
 - 3.1. Kompetenz und Glaubwürdigkeit
 - 3.2. Mediale Inszenierung als Kampf um Öffentlichkeit
4. Reaktionsmuster und Antwortstrategien der IFIs
5. Abschließende Thesen

1. Die Regulation der Finanzmärkte als Gegenstand einer 'zivilgesellschaftlichen Politik': Spezifik und Akteurstypen

1.1. 'Zivilgesellschaft' und internationale Finanzarchitektur

Eine Schlüsselinstitution der internationalen Finanzarchitektur legt ihren Überlegungen ein einfaches Konzept von 'Zivilgesellschaft' zugrunde: „Die Weltbank definiert Zivilgesellschaft als den Raum zwischen der Familie, dem Markt und dem Staat; sie besteht aus nicht profitorientierten (not-for-profit) Organisationen und aus formellen oder informellen Gruppen, die besondere Interessen verfolgen (special interest groups), um das Leben ihrer Mitglieder zu verbessern“ (Weltbank 2000a, 8). Allerdings wirft die Anwendung eines inhaltlichen Konzepts der 'Zivilgesellschaft', das darüber hinaus geht, sie von der weit gefassten UN-Definition der NGOs¹ als 'dynamisches Gewebe' zu bezeichnen (ebd.), im globalisierten Feld der Finanzmärkte einige Probleme auf.

Aus der Perspektive eines historischen Verständnisses des mit diesem Begriff verknüpften „semantische(n) Dschungel(s)“ (Kocka 2000, 14, 15ff.) lässt sich im Anschluss an die Aufklärungsphilosophie (vgl. Riedel 1975, 732ff. u. Desai 1998, 341) die antiabsolutistische Ausrichtung festhalten, die in der antidiktatorialen Stoßrichtung seiner Wiederbelebung im 'Osten' (vgl. Arato/Cohen 1989) und im 'Süden' (vgl. Chazan 1992) erneuert worden ist. Zugleich ist jedoch im Norden festzustellen, dass die „unbestreitbaren Fortschritte auf dem Weg zur Zivilgesellschaft im eigenen Land ... auf dem Hintergrund weltweit zunehmender Ungleichheit zu sehen“ sind (Kocka 2000, 34) sind, so dass unbestreitbar gilt: „Die weltweite Ausdehnung des zivilgesellschaftlichen Projekts steht immer noch sehr am Anfang.“ (ebd.) Auch in Versuchen, die Kategorie der 'Zivilgesellschaft' aus ihrer gesellschafts- und staatstheoretischen Neubestimmung durch Gramsci heraus auf internationale Probleme zu beziehen², wird dem Rechnung getragen: In der optimistischen Variante folgt daraus die Aufforderung zu einem Neudenken der 'Zivilgesellschaft' und ihrer globalen Voraussetzungen (vgl. Haug 1998, 354), während in einer pessimistischen Version konstatiert wird: „dass die politisch-soziale Fragmentierung auf nationaler wie internationaler Ebene und die Erosion der liberalen Demokratie die Herausbildung einer friedlichen und demokratischen 'Weltzivilgesellschaft' unwahrscheinlich machen“ (Hirsch 2000, 337). Demgegenüber wird das emphatische Postulat einer „Weltbürgergesellschaft“ bisher erst in der imperativen Form des „wir müssen“ artikuliert (vgl. Beck 1999, 179ff.).

Speziell für den bereits durch multilaterale Institutionen 'verfassten' Bereich der internationalen Finanzmärkte ist festzustellen, dass sich auch weit fortgeschrittene Reformüberlegungen immer

¹ Die einschlägige ECOSOC-Entschließung (1996/31) definiert internationale NGOs als „jede internationale Organisation, die nicht von einem Regierungsorgan oder durch eine Vereinbarung zwischen Regierungen gebildet worden ist.“

² Die Schwierigkeit liegt darin, dass Gramsci die Zivilgesellschaft als Moment eines >integralen Staates< gedacht hat, der noch selbstverständlich als Nationalstaat konzipiert war. Eine knappe, auf den Übergang von *Government* zu *Governance* bezogene, Formel für eine gramscianische Herangehensweise an die den neueren Diskursen über >Zivilgesellschaft< zugrundeliegende politische Praxis bietet Jessop 1997, 67: „eine Bewegung weg von dem selbstverständlichen Primat offizieller (typischerweise nationaler) Staatsapparate beim Management ökonomischer und sozialer Verhältnisse und hin zur als selbstverständlich geltenden Notwendigkeit recht verschiedener Formen (und Ebenen) von Partnerschaften zwischen offiziellen, parastaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen“.

wieder darauf konzentrieren, vor allem die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs)³ und die führenden Industrieländer der G7-Gruppe aufzufordern, eine „institutionelle Reregulierung“ durchzusetzen (Marterbauer 2001, 113). Wie ein solcher Kurswechsel erreicht werden kann, wird dabei kaum systematisch reflektiert. Überlegungen über die „wesentliche“ Bedeutung, die „dem Vorantreiben einer öffentlichen Debatte über die Quellen von Instabilität und Ineffizienz der Finanzmärkte“ zukommt (ebd., 113f.), bleiben ein bloßer nachträglicher Zusatz. Zumal gleichzeitig darauf hingewiesen wird, welche „big interests“ auf das unveränderte Fortbestehen liberalisierter und vermachteter Märkte gerichtet sind (ebd., 114). Worauf die ‚kontextuelle Legitimität‘ etwa der NGOs beruht (vgl. Kettner 1995) und wie sie angesichts dieser ‚big interests‘ dazu beitragen können, „Formen internationaler Demokratie zu entwickeln“ (Brand 2000, 235), wird in dieser Argumentation nicht spezifisch erörtert. Ein mehr empirisch-historisches Herangehen an die politische Thematisierung von Problemen der internationalen Finanzmärkte durch ‚unvorhergesehene Akteure‘ verspricht ein differenzierteres Verständnis dafür, was ‚Bewegungen der Zivilgesellschaft‘ auf diesen Politikfeld heute konkret bedeuten.

1.2. Die Entwicklung einer Akteurskonstellation und typischer Akteure

‚Bewegungen der Zivilgesellschaft‘, die sich spezifisch auf das Feld der internationalen Finanzmärkte beziehen, sind seit den 1980er Jahren in mehreren Schüben aufgetreten. Dabei verbinden sich typischerweise Akteurszusammenhänge aus unterschiedlichen Bereichen zu über längere Zeit stabilen Bündniskonstellationen. Dadurch ist schrittweise und insgesamt kumulativ ein informelles, vernetzt agierendes transnationales Akteurssystem aufgebaut worden.

Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung bildeten einzelne Folgen der Kreditvergabepolitik der Weltbank in den 1970er und frühen 1980er Jahren (v.a. im Energiebereich: Staudämme, AKWs), die von Betroffenen Gruppen, sowie von Advocacy NGOs des Nordens aus ökologischen (Tropenwälder), sowie menschenrechtlichen und sozialen Gründen (indigene Völker) kritisiert wurden. Wenig später entzündete sich eine umfassendere Kritik an den konkreten entwicklungspolitischen, frauenpolitischen, sozialpolitischen, friedenspolitischen und umweltpolitischen Wirkungsdimensionen der makroökonomischen ‚Strukturanpassungsprogramme‘ (SAPs) der Weltbank und des IWF (vgl. Tetzlaff 1996, 128, u. Chossudowsky 1997, 68f.). In der Folge kommt es angesichts der ‚Schuldenkrisen‘ in ‚Entwicklungsländern‘, ‚Übergangsländern‘ und in ‚Schwellenländern‘ zu einer konzeptionellen Suche nach finanzpolitischen Alternativen (Eurodad, Jubilee 2000). Hierher gehören auch Überlegungen zum ‚ethical banking‘ (vgl. Osterhaus 2000a) oder für ein internationales Insolvenzverfahren (Raffer 1998). Schließlich werden auch makroökonomische Alternativvorschläge formuliert - von der Forderung nach einer ‚Entschleunigung‘ der Devisenmärkte (vgl. Osterhaus 2000b, 11ff.) bis hin zur Kritik an Derivatgeschäften (vgl. Merten 1998) oder zur Praxis der Bankenaufsicht (vgl. D’Arista 1998, Lütz 2000). Spätestens seit der Diskussion über die SAPs entwickeln sich parallel auch Forderungen nach einer demokratischen Transformation der internationalen Finanzarchitektur (vgl. Hall 1993, Arruda u.a. 1994,

³ Als deren wichtigste die >Bretton-Woods-Institutionen< der Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) zu nennen, sind, die nach dem Ende des Weltfinanzsystems der Nachkriegszeit Anfang der 1970er Jahre neue Funktionen für sich gefunden haben (vgl. Chahoud 1988), sowie die Basler Bank für Internationale Zahlungssysteme (BIZ) und das als Reaktion auf die Finanzkrisen der Jahre 1997 und 1998 gebildete Internationale Stabilitätsforum.

Duchrow/Gück 1994, Griesgraber/Gunter 1996, Felix 1999, Akyüz 2000, Dieter 2000b, Frenkel/Menkhoﬀ 2000). Es hat damit insgesamt ein kumulativer Prozess stattgefunden, der von einzelnen Folgen der Tätigkeit von Weltbank und IWF zu Kernproblemen der internationalen Finanzarchitektur vorgedrungen ist und dabei schrittweise alle IFIs (einschließlich der BIZ, vgl. Osterhaus 2000, 48) politisch thematisiert hat.

Dies war kein lineares Fortschreiten und auch kein bloßes Epiphänomen 'objektiver' linearer Entwicklungen. Vielmehr sind mit jedem Schritt auch die Differenzen und Konflikte gewachsen, die jeweils in kaum noch reversible Grundentscheidungen einmündeten. Allerdings konnte innerhalb dieser Akteurskonstellation auf der Grundlage der sprunghaft gewachsenen und verbilligten technologischen Möglichkeiten - zunächst von Faxnetzwerken, dann von e-mail und Websites, aber auch verbilligter Individualreisekosten - , aber auch unterstützt von dem weltweiten Aufbruch der Jugendkultur in den 1960er Jahren, eine stark verdichtete transnationale Kommunikation entwickelt werden. Erst diese machte die erforderlichen Aushandlungsprozesse über politische Schwerpunktsetzungen und Projekte möglich. Angesichts der lange ausbleibenden Bereitschaft der IFIs zu einem substanziellen politischen Dialog ist es in dem breiten Spektrum der NGO-Bündnisse bisher immer wieder gelungen, zwischen in unterschiedlichen 'primären Praxisfeldern' verankerten NGOs (v.a. Entwicklung, Umwelt, Menschenrechte und Frauen), sowie zwischen unterschiedlichen Gruppierungen von 'like-minded' NGOs für ein gemeinsames Auftreten auf dem 'sekundären' Feld der internationalen Finanzarchitektur tragfähige Kompromisse untereinander zu finden. Zugleich hat sich eine begrenzte Zahl von auf dieses Feld spezialisierten NGO-Bündnissen und ExpertInnen-Communities gebildet (vgl. Nelson 1996 u. Pollack 2000).

In dieser Entwicklung hat sich die zunächst dominante Rolle von US-basierten NGOs - angesichts des Sitzes der Bretton-Woods-Institutionen in Washington, sowie aufgrund der potenziellen Rolle des US-Kongresses gegenüber diesen IFIs - zumindest teilweise relativiert: Auch Organisationen aus anderen Weltregionen haben längst in Washington ihre Lobbyarbeit aufgenommen (Nelson 1996, 616). Dies wiederum hängt damit zusammen, dass spätestens seit der Asienkrise auf Seiten einiger Sponsoren und einiger Regierungen des Südens die Bereitschaft gewachsen ist, in eine wirksame Lobbyarbeit von NGOs aus dem Süden gerade auf diesem Feld zu investieren (vgl. Pollack 2000).

Tabelle 1: 'Bewegungen der Zivilgesellschaft' im Feld der Politik der internationalen Finanzmärkte

Basis-Bewegungen, soziale Bewegungen (neue-alte), 'organización popular'/'people's organization'
NPO: non profit organization
SHO: Selbsthilfeorganisation
IVO: Interessenvertretungsorganisation (einschl. Gewerkschaften)
ADV: 'advocacy'-Organisationen
NGO=ONG=NRO: Non-Governmental Organization, Nicht-Regierungsorganisation
Bingos: big NGOs, Mingos: middle NGOs, Lingos: little NGOs
Quangos: Quasi-NGOs, Gongos: government organized NGOs, Gringos: government run/inspired NGOs
Congos: Co-opted NGOs
Süd-NGOs, Nord-NGOs, TNGOs: transnational NGOs, INGOs: international NGOs
NRO-Multis
horizontale Selbstorganisation/hierarchische Zentralisierung
internationale Vernetzung/ vertikale Organisation
anglophone vs. frankophone Kommunikationsmilieus
korporatistischer/etatistischer/liberaler Hintergrund für Assoziationsentwicklung u. Ngo-Aktivitäten
(vgl. Koschützke 1994, 39ff., Wahl 1997, 307ff.)

Die Entwicklung gerade auf diesem spezifisch transnationalen Aktionsfeld ist mit Konzepten eines traditionellen Kosmopolitismus oder Internationalismus nicht zu erfassen (vgl. Waterman 1999). Auch die Differenzierung zwischen 'alten' und 'neuen' sozialen Bewegungen (vgl. Raschke 1988, 411ff.) ist hier nicht relevant. Die Differenz zwischen NGOs und Bewegungen, wie sie Walk und Brunnengräber (2000, 214ff.) betonen, spielt dagegen eine maßgebliche Rolle. Dabei übernehmen Selbsthilfeorganisationen (sowie Interessenvertretungsorganisationen) die Funktion einer Brücke zu den mit den 'advocacy'-Organisationen (als Lobbys für Schwächere) beginnenden NGOs im engeren Sinne. Ebenso wichtig ist die gramscianische Einsicht in den im Ringen um Hegemonie umkämpften Charakter dieses „zivilgesellschaftlichen Raum(s)“ (ebd., 226ff.) bzw. der „politischen Räume, die der Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene keineswegs freiwillig zugewiesen wurden“ (ebd., 242).

Tabelle 2:
Kumulative Schübe von Bewegungen und NGOs auf dem Feld der internationalen Finanzmärkte

Anlass	Organisationstypen	Themenfelder
(seit den 1970er Jahren) Unbeachtete Folgen von Weltbankprojekten Frauenpolitik	Grassroots-Bewegungen von Betroffenen Advocacy-NGOs ('Süden'/'Norden') Operative NGOs ('Norden')	nationale Selbstbestimmung Menschenrechte, Umweltschutz, 'Nachhaltige Entwicklung' 'Armutsbekämpfung'
(seit den späten 1980er Jahren) 'Ausgeklammerte' Folgen von SAPs 'Schuldenkrisen' in 'Entwicklungsländern'. 'Übergangsländern' und 'Schwellen- ländern'	Selbsthilfe- u. Protestbewegungen im betr. Land (z.B. Schuldnerbewegungen) nat. Bündnisse gegen die Anwendung der SAPs (einschl. Parteien u- Gewerkschaften) NGOs u. ExpertInnen-Bündnisse des 'Nordens' internat. Aktionsbündnisse für Schuldenstreichung, internat. Aktionsbündnisse gegen die Politik des IWF	ökon. Überlebensinteressen vernachlässigte ökonom. Interessen alternative Orientierungen und Wissensbestände Interesse an demokratischen, sozialen u. ökologischen Politikalternativen
(seit der Mitte der 1990er Jahre) Instabilität und Ineffizienz der internat. Finanzarchitektur	makroregionale Aktionsbündnisse im Süden weltweite Bündnisse für eine Transformation der internat. Finanzarchitektur	Interesse an Veränderung transnationaler Käfteverhält- nisse

(Die Tabelle ist in dem Sinne 'kumulativ' zu lesen, dass die einmal entstandenen Organisationsformen und thematischen Motive grundsätzlich nach den anschließenden Entwicklungs-Schüben fortbestehen.)

Um diese Entwicklungen zu begreifen, ist es zunächst erforderlich, sie angemessen zu differenzieren - ihr Spektrum reicht von lokalen, regionalen oder nationalen Betroffenenbewegungen, über deren (populäre) Selbsthilfeorganisationen (SHOs) und deren Graswurzelbündnisse⁴ bzw. Bündnisapparate⁵ und die nationalstaatlich verankerten, die transnationalen und die internationalen NGOs bis hin zu den ExpertInnen-Communities (vgl.

⁴ Als Beispiel können, die „Euromärsche“ (vgl. Aguiton 1999) oder der BUKO (vgl. BUKO 1999) dienen.

⁵ Als Beispiele können der aus einem transnationalen Bündnis gegen die Apartheid-Politik Südafrikas entstandene kleine Apparat von „Kairos Europa“ oder auch WEED gelten, das aus einem Bündnis von entwicklungs- und umweltpolitischen Gruppen und ExpertInnen in Deutschland entstanden ist.

Singer 1992 u. Koschützke 1994, 46ff.), die sich schon seit den 1970er Jahren relativ stabil international organisiert haben.

Zum anderen sind sie ins Verhältnis zu den ökonomischen und politischen Mächten des spezifischen Konfliktfeldes zu setzen, in das sie „involviert sind“ (vgl. entsprechend Brand 2000, 232 u. 235f.). Sie können nicht mehr allein den ‘alten Territorialstaat’ als politischen Bezugspunkt wählen. Es geht aber auch nicht an, die unbestreitbare Transnationalität dieser ‘Bewegungen der Zivilgesellschaft’ einfach durch die emphatische Brille des ‘Weltbürgertums’ zu betrachten - so trotz interessanter Einzelbeobachtungen Beck (1999, 178ff.), ohne die reale Transnationalität sowohl der multilateralen IFIs, als auch der wichtigen ökonomischer ‘Global players’ auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen zu beachten, auf die sie reagieren.

Als zentrale Bedingung für ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit dienten immer wieder die besonderen Organisationsformen der Aktionsbündnisse (insbesondere zu den Jahrestagungen der IFIs) und der Kampagnen - etwa der Tropenwaldkampagnen gegen die von der Weltbank geförderten Energieprojekte v.a. in Brasilien oder für Schuldenstreichung (vgl. Trägerkreis 1989, Eurodad, Jubilee 2000) bzw. für eine Tobin-Tax (vgl. Tobin Tax USA, ATTAC). Dabei ergeben sich schrittweise vernetzte Beziehungen, die danach organisierte transnationale Netzwerke möglich machen.⁶

Aufgrund der verfügbaren Informationen liegt die Hypothese nahe, dass ein Aktivwerden von Bewegungsorganisationen, NGOs, ExpertInnen-Communities und deren gezielter Vernetzung in Kampagnen und Aktionsbündnissen auf diesem speziellen Feld in erster Linie eine zusätzliche Aktivität von bereits mit anderen Konfliktgegenständen und Projekten befassten Organisationen und ExpertInnen darstellt: Als eine Aktivität ‘zweiter Ordnung’, die darauf zielt, für die primär verfolgten Ziele in den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte, Frauenpolitik und Gemeinwesenarbeit entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Dem gemäß wirkt sich die explosionsartige Vermehrung der NGOs in allen Bereichen seit den 1970er Jahren (vgl. Unmüßig 2000b) und ihr gewachsener Anteil an Staatszuschüssen und an Spenden großer Sponsoren vermutlich auch in diesem Feld aus: Sie stärken die Handlungsfähigkeit des professionalisierten ‘NGO-Sektors’ (und damit dessen Profilierung gegenüber den Bewegungsorganisationen i.e.S.) und erhöhen das Gewicht dieses Typs von Organisationen gegenüber dem Typ der ‘People’s organization’. Gegenwärtig ist es noch nicht absehbar, wie weit es dieser Tendenz entgegenwirkt, dass sich auch aus Basisbewegungen entstandene Organisationen seit einigen Jahren stärker für Fragen der globalen Organisation interessieren (vgl. Haug 1998, Pollack 2000, Bourdieu 2000) und dass sich auch Gewerkschaften aus dem Norden zunehmend in entsprechenden Aktionsbündnissen und Kampagnen engagieren (vgl. Brecher 2000a, 103ff.).

⁶ Diese Netzwerke erschließen sich eher aus ‘Graswurzel’-Vorstellungen (vgl. Brecher 2000a, 86ff.), als im Ausgang von der neueren ökonomischen Netzwerktheorie (vgl. Messner 1997) - trotz aller Ungleichheiten und Hierarchien, die sich im scheinbar unstrukturierten ‘NGO-Schwarm’ festzustellen sind (vgl. Hurrell/Woods 1995, 467, Brecher 2000a, 88).

Tabelle 3: Typologie von 'Bewegungen der Zivilgesellschaft' im Feld der Regulation der internationalen Finanzmärkte (mit unterschiedlichen Beispielen, vgl. Glossar im Anhang)

Basisbewegungen	People's organizations/ Selbsthilfeorganisationen	NGOs	Netzwerke	Kampagnen/Aktionsbündnisse
Anti-SAP-Revolten	EL Bazón, México	WEED	Kairos Europa	Jubilee 2000
Marsch der 100.000 (Brasilien 1999)	KCTU Euromärsche	AIDC AITEC	ATTAC! Third World Network	Halifax-Initiative Alliance for Democracy
Protesta, Bogotá, 28.4.1999		Bretton Woods Project Saprin INPEG	Focus on the Global South Internat. Forum on Globalization Rede Brasil Eurodad	50 years is enough network

Seit den Finanzkrisen von 1997 und 1998 ist nicht nur innerhalb der IFIs selbst und hinter den verschlossenen Türen der G7 der Problemdruck und die Neigung zu Auseinandersetzungen gewachsen. Auch auf Seiten der alternativen Kräfte kommt es zumindest zu Umgruppierungen innerhalb der Aktionsbündnisse. Dabei vollzieht sich - von Madrid über Seattle nach Prag - nicht etwa eine Gruppierung nach Akteurstypen oder Herkunfts- bzw. Adressatenländern. Es bilden sich vielmehr 'like-minded' Akteursgruppen heraus, die sich nach der Reichweite ihrer Forderungen ausdifferenzieren - von der Abschaffung über die Transformation und die Reform der IFIs bis hin zur Durchsetzung einer Neuausrichtung ihrer Politik und schließlich zu einer bloßen Verbesserung von deren Umsetzung. Deren unterschiedliche Trägergruppen reichen von Basisgruppenbündnissen wie dem BUKO, alternativen Think-Tanks wie das 'Transnational Institute' (TNI) und WEED, Advocacy-Netzwerke wie das für Schuldenstreichung eintretende Eurodad, bis zu umfassender ansetzenden Reformnetzwerken wie ATTAC, die auf neuartige Weise ExpertInnen-Communities, Organisationsbündnisse und lokale Basisgruppen zur gesamten Problematik der Finanzmärkte mit einander verknüpfen. Daneben stehen etwa auf eine punktuelle Politikveränderung (Schuldenstreichung) ausgerichtete transkontinentale Bündnisse wie 'Jubilee 2000'. Auf der anderen Seite finden sich die von der Weltbank selbst mit organisierten Zusammenhänge (etwa SAPRIN) der von ihr zu Partnern gewählten operativen und konsultativen NGOs, denen sie inzwischen zunehmend auch Einfluss auf ihre Projektentwicklung und insoweit auf ihre 'Politik' gewährt.

Insgesamt hat sich damit eine transnationale Konstellation alternativer Akteure⁷ herausgebildet, die als konkrete Form einer zivilgesellschaftlichen Politik in diesem Feld zu begreifen ist: D.h. zunächst als spezifisches Formelement einer 'Internationalisierung des Staates' (vgl. Hirsch 2000) und zugleich als gesellschaftliches Vorfeld staatlicher Politik. In diesem 'Vorfeld' geschieht grundsätzlich zweierlei: Hegemonieauseinandersetzungen werden aus gesellschaftlichen Verhältnissen heraus in die staatliche Politik hinein getragen; sie werden damit aber auch in die bestehenden politischen Kräfteverhältnisse eingearbeitet. Damit sind grundsätzlich Konflikte programmiert, deren Ausgang offen ist (vgl. Altvater 1998b, 95).

⁷ Die inzwischen durch von jedem Akteursnetzwerk angebotenen elektronischen Website-Listen und durch die direkte >Ver-Linkung< von Websites weitgehend elektronisch vernetzt ist.

Diese Akteurskonstellation hat seit den 1980er Jahren gezeigt, dass sie durchaus in der Lage ist, die grundlegenden Probleme einer Politik der Regulation der internationalen Finanzmärkte triftig und zugleich öffentlichkeitswirksam politisch anzusprechen. Ihre dramatische Schwäche - im Vergleich zu dem Machtpotenzial der IFIs, der Länder der G7-Gruppe oder selbst von Ländern wie China, Indien, Südafrika oder Brasilien - macht es allerdings auf Sicht unvorstellbar, was inzwischen sowohl aus den IFIs als auch aus radikalen Basisbewegungen gefordert wird: Nämlich den Verzicht darauf, bei den Jahrestagungen der Bretton-Woods-Institutionen und den Gipfeln der G7 durch eine demonstrative Präsenz die hohe mediale Aufladung dieser Ereignisse für den Transport der eigenen Botschaften zu nutzen. Angesichts der Empfindlichkeit der G7-Regierungen und damit auch der IFIs für medial vermittelten öffentlichen Druck (vgl. Economist 1999) werden die Trägerorganisationen dieser Akteurskonstellation auf diese Art von Diskursgelegenheiten nicht verzichten können - so sehr sie inzwischen auch eigene öffentliche Diskursprozesse zu schaffen begonnen haben (vgl. etwa CETIM 2000).

Solange die IFIs und die Regierungen der G7-Länder keinen offenen politischen Diskurs über die Grundlagen dieser bestehenden 'Verfasstheit' der Weltfinanzarchitektur zu entwickeln bereit sind, können die Trägergruppen dieser transnationalen Bündnisse ihre spezifische Legitimation daraus beziehen, dass von ihnen Betroffeneninteressen transportiert und Problemdimensionen artikuliert werden, die der vom Washington-Konsens geprägte offizielle Diskurs der IFIs nicht berücksichtigt. Und so lange ein solcher offener Diskurs nicht institutionell dauerhaft zugestanden wird, werden sie ihn immer wieder auf dem Weg über die für sie nutzbaren Mechanismen der globalisierten Medien erzwingen.

2. Forderungskataloge und Reformoptionen: Kohärenz, Spannungen und Solidarisierungsgründe

2.1. Politische Thematisierung der Folgen von Weltbankprojekten

Entsprechend dem 'Seiteneinstieg' der 'Bewegungen der Zivilgesellschaft' in die Problematik der internationalen Finanzmärkte beginnt die Entwicklung ihrer Forderungskataloge mit Unterlassungsforderungen: Advocacy-Gruppen aus dem Süden, auf Projektarbeit bezogene Entwicklungs-NGOs aus dem Norden und umweltpolitische INGOs greifen Forderungen von marginalisierten Betroffenen (insb. aus indigenen Völkern) auf oder verstärken die kritischen Einwände einzelner Umwelt-ExpertInnen, indem sie die Unterlassung eines bestimmten Dammbaus oder anderer von der Weltbank maßgeblich finanzierter Großprojekte fordern. Auf Seiten der später von der Weltbank als 'operative' NGOs zur Projektdurchführung mit herangezogenen Organisationen einer Entwicklungshilfe 'people to people' wurden in der Auseinandersetzung um die Weltbank-Projekte schrittweise konkrete Anforderungen an den Prozess der Projektentwicklung und -durchführung entwickelt. Dabei ging es darum, eine derartige Ausgrenzung von 'Stimmen'⁸ Betroffener oder eine derartige Ausblendung ökologischer Folgedimensionen in Zukunft gar nicht erst eintreten zu lassen. Zwischen diesen beiden Forderungsgruppen gab es zwar keinen inhaltlichen Widerspruch, aber doch ein performatives Spannungsverhältnis. Dies ergab sich daraus, dass sich diese präventiven Forderungen grundsätzlich auch dafür eigneten, durch die Trägerkonsortien derartiger Großprojekte in kompensatorische Abfederungsmaßnahmen 'übersetzt' zu werden. Damit konnten sie in den Dienst der Gewinnung einer breiteren 'Akzeptanz' für das jeweilige Bauvorhaben gestellt werden. Weniger Beachtung fanden zunächst die eher unterschwelligten Spannungen zwischen identitären Mobilisierungsdiskursen - nach dem Muster von 'das können 'die da' 'uns allen' doch nicht antun!' - und sachbezogenen Kritikdiskursen - nach dem Muster 'x ist schlecht, weil es y bewirkt'. Auch die Differenzen zwischen einem eher auf impliziten Handlungswissen - etwa von indigenen Völkern und KleinbäuerInnen - beruhenden Kritikdiskurs und auf einem wissenschaftsförmig elaboriertes ExpertInnenwissen⁹ beruhenden Diskurs haben nur eine marginale Rolle gespielt. Wichtiger war, dass die 'andere Seite', die Weltbank und die Trägerkonsortien der Großprojekte, zunächst nicht bereit waren, überhaupt auf derartige 'Stimmen' zu 'hören'.

2.2. Politische Forderungen zur Schuldenkrise

Die Situation komplizierte sich in dem Moment, in dem die Politik der billigen Kredite, die von den IFIs in den 1970er Jahren verfolgt worden war, in die Schuldenkrise der 1980er Jahre umschlug. Eine sachbezogene Debatte über Strukturanpassungsmaßnahmen war nicht möglich, ohne auf die zugrundeliegenden makroökonomischen Wirkungszusammenhänge einzugehen und zu

⁸ Zum Begriff der >Stimmen< vgl. etwa die Alternativaktivitäten zum Lyoner Weltwirtschaftsgipfel (1996) die unter dem Titel „Les autres voix de la planète“ stattfanden, und Präsident Clinton 1998.

⁹ Hier sollte allerdings der epistemologische Unterschied zwischen der Ökosystemkenntnis etwa einer Limnologin und der Habitat-Kenntnis eines Indianerstammes nicht übertrieben werden: Es handelt sich in beiden Fällen um systematisiertes Erfahrungswissen, der Unterschied liegt vor allem in den Methoden und Konzepten von Überprüfung und Systematisierung.

unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Problemzugängen Stellung zu nehmen. Hiermit wurden unterschiedliche Traditionen der Theoriebildung sowie unterschiedliche Interessenperspektiven für die Debatte unmittelbar relevant: Nach dem faktischen Wegfall der an dem sowjetischen Modell ausgerichteten Diskurse wurden v.a. etwa die Differenzen zwischen dem angelsächsischen, liberal geprägten und dem frankophonen, eher 'staatsorientierten' Verständnis ökonomischer Theorie und die unterschiedlich artikulierten Interessengegensätze zwischen Zentrum, Peripherie und Semiperipherie, zwischen männlicher Dominanz und Frauenbefreiung, sowie zwischen Ökosystemen und menschlichen Lebensentwürfen relevant. Darin lag durchaus die Gefahr, dass die alternative Debatte an diesen Themen in allen Richtungen auseinander gelaufen wäre - und so der neuen Orthodoxie des monetaristisch-neoliberalen Theorieparadigmas faktisch das Feld der Debatte über eine makroökonomische Politik im internationalen Raum überlassen hätte. Angesichts dieser Gefahr besann sich ein großer Teil der Beteiligten auf ein seit den 1970er Jahren innerhalb der 'neuen sozialen Bewegungen' erprobtes Verfahren der Konzentration der Debatte auf 'politische Projekte'. Zu derartigen Vorhaben wurden pragmatische, handlungsbezogene Argumente ausgetauscht, während die jeweilige Hintergrundüberzeugungen und Begründungszusammenhänge der Debattenbeteiligten als 'Privatsache' außerhalb der Diskussion blieben. Eine vergleichbare pragmatische Wendung hatte sich schon in der Phase der 'Regenwaldkampagnen' zur Herstellung der erforderlichen Bündnissolidarität im Umgang mit Gefällen an Elaboration von Wissen, mit identitären Differenzen und mit unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergründen oder Vorurteilen zwischen 'Süden' und 'Norden' als förderlich erwiesen.

In der Auseinandersetzung um das Management der Schuldenkrise der 1980er Jahre durch Weltbank und IWF standen am Anfang zwei tendenziell gegenläufige Forderungslinien: Einerseits Nichteinmischungsforderungen, die mit Gesichtspunkten der 'Volksouveränität' und 'autozentrierten Entwicklung' begründet wurden, andererseits Überlegungen zu einer 'alternativen Konditionalität' (etwa unter ökologischen oder menschenrechtlichen Gesichtspunkten). Aus der pragmatischen Diskussion im Hinblick auf die Formulierung eines gemeinsamen politischen Projektes entstand dann zunächst der Minimalkonsens der Forderung nach einem Schulden-Moratorium. Anschließend wurde die Forderung nach einer Kombination einer bedingungslosen Schuldenstreichung (jedenfalls für die ärmsten Länder des Südens¹⁰) mit einem Umsteuern auf ein sozialökologisches Entwicklungsmodell ausgearbeitet, wie dies bis heute festgehalten worden ist - und etwa noch der alternativen Kritik an der in Köln erweiterten HIPC-Initiative der G7-Länder zugrunde liegt.

Damit war eine Arena der Auseinandersetzung konstituiert, deren pragmatische Regeln jede Stellungnahme und jedes Argument immer nur projektbezogen zur Prüfung zuließen - und damit einen neoliberalen Dogmatismus ebenso aus der Auseinandersetzung ausschloss wie konkurrierende Großtheorien. Kritiken und Vorschläge konnten nur danach beurteilt werden, was sie als Handlungsorientierungen für die Entwicklung und Durchführung von Projekten und

¹⁰ Über den Umgang mit den Schulden der USA und der >Übergangsländer< Osteuropas (einschließlich Russlands) konnte schon deswegen keine Einigung erzielt werden, weil weder die - diese Debatte wesentlich tragenden - Entwicklungs-NGOs noch gar die beteiligten Bewegungsorganisationen aus dem Süden dazu in der Lage waren, diese Fragen in ihren Praxishorizont einzubeziehen.

Programmen hergaben, nicht danach, was ihre Urheber sonst noch über die Wirklichkeit, die Welt, die Gesellschaft oder die Wirtschaft meinten. Das machte es schwierig oder sogar unmöglich, allerlei Merkwürdigkeiten von vornherein aus der Debatte auszusortieren - auch Anhänger reaktionärer oder menschenfeindlicher Weltanschauungen konnten sich in dieser Arena grundsätzlich äußern. Aber diese Diskussionsweise verbot ihnen zugleich, sich als solche zu äußern: Nur wenn sie problembezogen etwas Intelligentes zu sagen gehabt hätten, was nicht sonst schon gesagt wurde, wären sie gehört worden. Damit entwickelte sich diese Diskursarena zu einer bemerkenswerten Alternative zum traditionellen Typus der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Weltanschauungen und Parteien, ohne an seine Stelle einen technokratischen Sachzwangdiskurs zu setzen..

Voraussetzung für diese pragmatische Diskussionsweise bildete allerdings die Existenz eines gemeinsam verfolgten politischen Projektes.

Bisher ist ein Auseinanderbrechen der die alternativen Forderungen tragenden Bündnisse immer wieder vermieden worden. Selbst dort, wo Forderungen strukturell unvereinbar waren und wo es schwer zu fallen begann, noch pragmatisch gemeinsame politische Projekte zu definieren, blieb bisher immer noch das gemeinsame Interesse 'zweiter Ordnung' wirksam: Die globalen Kräfteverhältnisse in der Politik der internationalen Finanzmärkte so weit zu verändern, dass ein Kurswechsel eingeleitet werden kann. Insbesondere zwischen nationalistischen Forderungsansätzen aus den Bewegungen im 'Süden' und antinationalistischen Haltungen 'sozialer Bewegungen' v.a. in Deutschland bzw. einem 'alternativen Globalismus' vieler 'nördlicher' ExpertInnen-Communities oder zwischen Ansätzen zu einer 'alternativen Politikberatung' und dem Postulat einer direkt anzugehenden Systemtransformation gibt es keine sachlichen Brückenschläge, so dass z.T. nur eine prozedurale Vereinbarkeit hergestellt werden kann, indem zunächst dies und dann etwas Weitergehendes gefordert wird, z.T. aber auch nur auf Postulate zweiter Ordnung - 'Keine Arroganz des Nordens' oder 'Solidarisierung angesichts unnachgiebiger Gegner' - zurückgegriffen werden kann.

Es läge in der Konsequenz einer derartigen Herangehensweise, wenn sich in dem Augenblick, wo sich auf den Seiten der führenden Industrieländer der G7-Gruppe und der IFIs die Möglichkeit eines umfassenden politischen Kurswechsels abzeichnete, diese Solidarisierung zwischen den Diskussionsteilnehmern stark abschwächen würde. Große Teile der zuvor oppositionell solidarisierten transnationalen Bündnisse würden sich dazu bereit finden, ein entsprechendes 'Transformations-Projekt' aktiv mitzutragen.

2.3. Proaktive Forderungen

Im Ausgang von zwei Erfahrungen vollzieht sich in den 1990er Jahren in der alternativen Debatte ein Übergang dazu, nicht mehr nur auf die Folgen der Politik der IFIs zu reagieren, sondern selbst Probleme auf die Tagesordnung zu setzen: Dies ist einerseits die Erfahrung, dass die bei den UN-Erdgipfeln der 1990er Jahre (beginnend mit der Agenda 21) vereinbarten Programme immer wieder an einer nicht ausreichenden Finanzierung scheitern: „Eine der wichtigsten Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure ist daher die Frage, wie können die

gewaltigen Geldmengen, die auf den Finanzmärkten zirkulieren, im Sinne zukunftsfähiger Entwicklung genutzt werden.“ (Wahl 1997, 30) Andererseits machen gerade von den ökonomisch und politisch Mächtigen unabhängige Bewegungen und Wissensnetzwerke immer wieder die Erfahrung, dass sich mit der Globalisierung Prozesse wie Steuerdumping, Steuerflucht, Geldwäsche und Korruption verbinden. Das führt zu einerseits Diskussionen über ein ‘ethical banking’ und dessen stärkere Beteiligung am Kreditgeschäft. Andererseits werden daraus auch zur Forderungen abgeleitet, die auf eine stärkere Regulierung auch des Verhaltens der Staaten als Steuerstaaten zielen, sowie darüber hinaus der ‘privaten’ Seite der Finanzmärkte insgesamt. In diesem Sinne wird die Unterbindung des Steuerdumpings, eine Schließung der Steueroasen, die Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption und die Aufhebung des Bankgeheimnisses für Fluchtgelder in die Forderungskataloge aufgenommen (vgl. etwa Duchrow/Gück 1994). Zugleich geraten die Risiken der Finanzderivate (vgl. Schratzenstaller 1998) und der Volatilität der Finanzmärkte (vgl. Waldow 2000 a u. b) in den Blick der KritikerInnen.

2.4. Von der Tobin-Steuer zu einer Politik der Regulation der internationalen Finanzmärkte

Genau an diesem Punkt wird die Tobin-Steuer (vgl. Huffs Schmid 1999) zu einem Konvergenzpunkt der alternativen Forderungen zu den internationalen Finanzmärkten: Sie kombiniert eine ‘Entschleunigung’ der Finanztransaktionen und eine Abschreckung von bestimmten hochspekulativen Finanzoperationen mit einer minimalen Kontrolle von Kapitalbewegungen. Zugleich dient sie der Generierung eines voraussichtlich nicht unbeträchtlichen Steueraufkommens auf der internationalen Ebene. Zunächst als ein Fachprojekt einiger WirtschaftswissenschaftlerInnen innerhalb akademischer Communities angelegt, wurde sie mehrfach auf parlamentarischer Ebene aufgegriffen (vgl. International Parliamentary Call for Action). Schließlich wurde sie - im Ausgang von der Halifax-Initiative 1995, die zu einer nordamerikanischen Kampagne für eine Tobin-Steuer führte - nach den Finanzkrisen von 1997 und 1998 mit der von Frankreich ausgehenden ATTAC!-Bewegung zur zentralen Forderung eines transnationalen Netzwerks.

Wie diese neue Art von Herangehensweise funktioniert, zeigt sich etwa im Vergleich zwischen dem Aufruf, den die von Kanada ausgehende internationale Halifax-Initiative 1995 im Namen eines breiten Bündnisses von Bewegungsapparaten und NGOs formulierte, und dem „Entwurf des Koordinierungskreises für einen Aufruf ‘Für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte’“ (Koordinierungskreis 2000), der sich selbst in den Kontext der von Frankreich aus inzwischen international ausbreitenden Verbindung lokaler Bündnisse mit Intellektuellen-Communities unter dem Namen und Losungswort „ATTAC!“ einordnet. Wo die Halifax-Initiative noch eine Art von Moratorium und Übergangsmaßnahmen forderte, an die sich dann eine umfassende Neuorientierungsdebatte anschließen sollte, die von einer „Commission on Global Finance“ verbindlich moderiert werden sollte und dabei wichtige ‘interne’ Probleme - wie etwa der ‘Volatilität’ der Devisenmärkte oder die Risiken von Derivatehandel und ‘high-leverage’-Fonds - gar nicht berührte¹¹, stellen etwa die Forderungen von ATTAC!-Deutschland eine relativ

¹¹ Die Halifax-Initiative forderte den Halifax-Gipfel dazu auf, „to take immediate action on six fronts: 1. Cease initiatives currently underway at the IMF and elsewhere to compel countries to fully liberalize the capital account of nations; 2. Implement national and international measures to immediately control the flow of speculative capital; 3. Revisit

vollständige Konzeption für einen politischen Kurswechsel in Bezug auf alle wichtigen Bereiche der internationalen Finanzmärkte dar: „Deshalb fordern wir:

- die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin Tax)
- die Schließung der Steuerparadiese und 'Off-Shore-Zentren'
- keine Umstellung des Rentensystems auf Kapitaldeckung
- das Verbot von spekulativen Derivaten und der hochspekulativen 'Hedge Funds'¹²
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer
- strengere Banken- und Börsenaufsicht auch für die sog. institutionellen Anleger
- Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen
- die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen.“
(Koordinierungskreis 2000)

Diese relativ weit entwickelte pragmatische Kohärenz der ATTAC!-Forderungen hat allerdings auch einen Preis: Sie eröffnet die Entwicklung neuer potenzieller Spaltungslinien. Zum einen gibt sie mit ihrer entschiedenen Zentrierung auf die Gesamtproblematik der Finanzmärkte thematisierenden Reformoptionen grundsätzlich den Raum frei für eine eigenständige Fortsetzung der eher lateralen und punktuellen Herangehensweise der 1980er Jahre (wie sie inzwischen in dem eher international breiter erstreckten Netzwerk von 'Jubilee 2000' Gestalt angenommen hat), aber auch für eine eigenständige Netzwerkbildung von GrundsatzkritikerInnen, welche die Prinzipien von Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum anhand des Exempels der Finanzmärkte zu thematisieren versuchten. Zum anderen läuft die ATTAC-Initiative grundsätzlich Gefahr, aufgrund eines 'kontinentaleuropäischen' Bias in ihrem Politikverständnis, in asiatisch (vgl. Taegu Round 2000) oder angelsächsisch, insbesondere auf die USA (vgl. etwa Tobin Tax USA), orientierten Bündnissen auf Vermittlungsschwierigkeiten zu stoßen. Allerdings kann aufgrund der bisherigen Erfahrung in der Entwicklung alternativer Politikansätze im Hinblick auf Globalisierungsprozesse angenommen werden, dass oppositionelle Ansätze sich durch eine Diversifizierung auch dauerhaft stärken können (vgl. Brecher u.a. 2000a, 106). Außerdem hat etwa die Vorbereitung und Auswertung von Seattle (vgl. Barlow/Clarke 2000) und Prag (vgl. Focus on the Global South u.a.2000) gezeigt, dass die substanzielle Umsteuerungsbereitschaft der IFIs immer noch von allen führenden Akteuren so weitgehend negativ beurteilt wird, dass ihr gemeinsames Interesse an einer Veränderung der Kräfteverhältnisse trotz klarer artikulierten Differenzen und wachsenden Spannungen immer noch eine für Aktionsbündnisse hinreichende Solidarierungsgrundlage bilden.

assumptions about what constitutes sound macroeconomic and structural policy; 4. Build the capacity of domestic markets to generate capital through debt relief, local economic development and incentives for domestic investment; 5. Strengthen domestic financial sector regulation and full disclosure at the national and international levels; 6. Establish a Commission on Global Finance with a mandate to engage decision-makers, economists, academics, non-governmental organizations and citizens groups around the world in the articulation of the >new financial architecture<.“

¹² vgl. Bundesbank 1999

3. Kompetente 'Botschaften' und ihre dramatische Vermittlung: Die Ambiguität von Militanz als Kommunikationsverhalten und als mediales Ereignismuster

Die Frage der Aktionsformen, die von Beteiligten und Betroffenen für wirksam, für durchführbar und für zulässig gehalten werden, bildet in jedem Feld politischer Praxis einen beständig umstrittenen Gegenstand. In Extremfällen - etwa bei völliger Ineffizienz, einer Gebundenheit von Aktionsformen an für bestimmte Akteursgruppen unerreichbare Voraussetzungen oder unbestreitbare Illegitimität - kann diese Frage so sehr ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung treten kann, dass sie deren inhaltlichen Dimensionen überlagert.

Im Untersuchungsfeld einer Politik der Finanzmärkte argumentiert eine weitgehend dominante Konstellation von Akteursgruppen (banking community, Finanzwissenschaftler und Finanzpolitiker) ggw. von der Prämisse aus, eine solche Politik sollte es am besten gar nicht geben. Diese Akteursgruppen grenzen die eigene Vorgehensweise als 'intelligente Sachgemäßheit' von der bloßen 'Politik' anderer Akteursgruppen ab und müssen eben dies medial glaubwürdig kommunizieren. Andererseits wird gerade auf diesem Feld im Rahmen der 'Bewegungen der Zivilgesellschaft' beständig kontrovers thematisiert wird, welche politischen Aktionsformen als wirksam, durchführbar und zulässig begriffen werden können.

3.1. Kompetenz und Glaubwürdigkeit

Gerade diejenigen transnationalen Akteure, die nicht primär etwas für ihre Mitglieder, sondern etwas für Nichtmitglieder erreichen wollen, sind auf Wissen und Öffentlichkeit als zentrale Machtressourcen angewiesen. Hinsichtlich des Zugangs zu Wissen können sie etwa fehlende Finanzmittel für eine professionelle Wissensproduktion oder einen fehlenden Zugang zur akademisch institutionalisierten Wissenschaft durch eine Aktivierung von 'implizitem Wissen' von Betroffenengruppen und HandlungsträgerInnen über konkrete Handlungsfolgen und Handlungsbedingungen kompensieren. Das hat etwa bei der Entwicklung der Kritik an Staudammplanungen und Strukturanpassungsprogrammen eine wesentliche Rolle gespielt (vgl. Nelson 1996) Zugleich konnten sie, aufgrund des kombinierten Effektes der Jugendrebellion der 1960er Jahre und des neoliberalen Paradigmenwechsels in Ökonomie und Sozialwissenschaften seit Ende der 1970er Jahren, auf ein gewisses Reservoir an alternativen ExpertInnen (die sich institutionalistischer, regulationistischer oder (neo)marxistischer Konzeptionen bedienten) oder dissidenten WissenschaftlerInnen (wie etwa die verbliebenen Keynesianer) zurückgreifen. Mit deren Hilfe war es ihnen möglich, auch eine Kritik an der Makroökonomie des 'Washington-Konsenses' zu formulieren und Konzepte wie die 'Tobin-Steuer' als politisches Handlungsinstrument aufzugreifen. Indem und insoweit diese transnationalen Akteure damit zu Trägern eines konkreten Wissens werden, das „weder Staat noch gar globale Institutionen jemals in ihren Handlungsprogrammen berücksichtigen können (vgl. Lipschutz 1998)“ (Heins 1998, 16), werden sie zu potenziell interessanten Partnern. Ihre Expertise und ihr Know-How nutzt etwa die Weltbank bei der Umsetzung ihrer Projekte seit den 1980er Jahren. Zugleich verfügen auch andere transnationale Akteure als die von der Weltbank hierfür herangezogenen Entwicklungs-

NGOs des Nordens (vgl. Covey 1997) über ein Ausgangswissen, das sie „für Zielgruppen und Entscheidungsträger in unterschiedlichen Foren aufzubereiten oder symbolisch zu verdichten“ vermögen, um so „ohne Rekurs auf klassische Machtmittel durch die Teilnahme an Kommunikationsnetzwerken und durch öffentliche Überzeugungsarbeit politischen Einfluß zu gewinnen“ (Heins, ebd.). Diese Möglichkeiten werden dadurch verstärkt, dass auch die ExpertInnen der multilateralen IFIs derselben ‘metropolitan middle class’ angehören und deren ‘kosmopolitischen’ Werte teilen (Waterman 1999, Schlusskapitel) und entsprechend zu „irregulären Informationsflüssen zugunsten moralisch motivierter Assoziationen“ (Heins 1998, ebd.) neigen, wenn elementare Werte verletzt werden (‘whistle-blower’). Selbst führende VertreterInnen der IFIs geraten damit unter Rechtfertigungsdruck aus ihrem sozialen Umfeld heraus. Daraus ergibt sich allerdings umgekehrt die Anforderung an diese Akteure, durch ihre Aktionsformen nicht ihrerseits mit derartigen Wertvorstellungen in Konflikt zu geraten. Zum Teil kann das durch eine entsprechende Ausdifferenzierung der Akteure geleistet werden: Die Ansprechpartner für die professionelle Mittelschicht etwa der Träger von Wissensnetzwerken können sich von Initiativen unterscheiden, die etwa den ‘Aktionsurlaub’ eines jugendlichen ‘Rucksack-Demonstranten’ (etwa Ruckus, NL) oder einen InterContinental Caravan (ICC) mit indischen Kleinbauern in Europa zum G7-Gipfel (People’s Global Action) organisieren. Dadurch werden diese transnationalen Akteure allerdings selbst zu Beteiligten an der ‘Fragmentierung der Weltgesellschaft’ (vgl. Altvater/Brunnengräber 1997). Sie erwerben zugleich allein dadurch schon zusätzliche Handlungsmöglichkeiten, dass „Vielfalt als Strategievorteil“ (Janett 1997) funktioniert. Massendemonstrationen werden dabei in internationalen Kampagnen mit Formen des gezielten Einsatzes prominenter Namen und weiterentwickelten Formen des studentischen ‘teach-ins’ der 1960er Jahre so zu kombinieren versucht, dass sie den Protest- und Demonstrationseffekt insgesamt verstärken. Auch hier ergibt sich ein Spannungsverhältnis, das vor allem dadurch bewältigt werden kann, dass in transnationalen Bündnissen und Verhandlungsstrukturen zugleich immer diskursiv um die politische Hegemonie gerungen wird. Dabei erweist sich eine aktivistische Ungeduld, welche die beständige Anstrengung des Argumentierens als kontraproduktiv ansieht, als kurzschlüssig. Umgekehrt kann eine - in energisches Suchen nach einer kritischen Durchdringung der Erfahrungen transformierte, ‘sublimierte’ Militanz wesentlich dazu beitragen, diese hegemoniale Position zumindest partiell immer wieder zu erringen (vgl. George 1998).

Dabei ist nicht nur die durchaus wachsende Ungleichheit in den aktivierbaren Ressourcen in unterschiedlichen Ländern - LDCs, führende Länder des Südens, Länder der G7-Gruppe - als einschränkende Diskursbedingung beständig mit zu thematisieren. Es muss auch reflektiert werden, dass in vielen Ländern die institutionellen Grundbedingungen für ein „freies Assoziationswesen“ (Heins 1998, 6) überhaupt fehlen oder zumindest große Teile der Bevölkerung vom Zugang zu freiwilligen Assoziationen faktisch ausgeschlossen sind. Genau hier setzen Initiativen an, die wie ATTAC! oder Jubilee 2000 lokale Mobilisierung mit der Konsolidierung alternativer Wissensnetzwerke verknüpfen und dabei die Transnationalität durch eine Kooperation zwischen eigenständigen nationalen Trägerkreisen in den unterschiedlichen Ländern herstellen (vgl. CETIM 2000).

3.2. Mediale Inszenierung als Kampf um Öffentlichkeit

Neben diesen gleichsam kapillaren Einflusseffekten über eine Diffusion von Diskursen innerhalb einer zunehmend kosmopolitisch ausgeweiteten 'frei schwebenden Intelligenz' (Mannheim) wird in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte der Herstellung und dem Kampf um Öffentlichkeit zum zentralen Terrain dieser neuen Akteure erklärt (Wapner 1995, Wahl 1997, Brunnengräber/Walk 2000, Brand 2000). Zwar ist es unbestreitbar, wenn festgehalten wird, dass diese Art von Einfluss auf demokratische Entscheidungsprozesse angesichts einer „hochvermachteten Medienindustrie“ um „den Preis einer medientaktische selektierten und orientierten Schwerpunktsetzung“ erfolgt (Hirsch 1999, 10). Daraus ergibt sich jedoch für Verfahrensweise und transportierte Botschaft sehr viel weniger, als zumeist angenommen wird: Zum einen zeigt das Vorbild von US-NGOs, die in Prag konsequent alle Aktionen auf Video festhielten, damit sie bei Bedarf den Mediennetzen eigenes Bildmaterial zur Verfügung stellen konnten, dass heute weder den Regierungen noch einzelnen Medienkonzernen mehr eine wirksame Medienzensur gelingt. Zum anderen macht etwa die Kritik von 'Jubilee 2000' an gewalttätigen Aktionen einzelner Demonstrantengruppen in Prag (Jubilee 2000, 2000) deutlich, wie zerbrechlich der Konsens im Aktionsbündnis über konkrete Aktionsformen ist und wie ambivalent das Spannungsverhältnis zwischen einer kontrolliert gewaltfreien Militanz und einer gewalttätigen 'Bedienung' von Medienerwartungen an dramatischen Bildern in heterogenen Aktionsbündnissen bleiben muss.

Auf der anderen Seite zeigt etwa das Beispiel der von der Weltbank seit den 1980er Jahren mit der Durchführung einzelner Projekte betrauten immer zahlreicheren 'operativen' Entwicklungs-NGOs, dass die Rede von der 'Kooptation' durchaus einen wichtigen Kern hat: Zum großen Teil fungieren diese inzwischen als 'Unterauftragnehmer' und Vorfeld für die Rekrutierung bzw. als diskursive Erprobungsfelder, ohne noch zu einer wirklich eigenständigen 'Advocacy' in der Lage zu sein. Vergleichbares könnte demnächst den heutigen KritikerInnen der IWF-Strategien blühen, wenn der IWF sie zur - sozial und ökologisch minimal abgefederten - Umsetzung seiner Strategien heranzieht.¹³ Der Ambiguität der Militanz entspricht hier eine Ambiguität der fachlichen Kompetenz, die in politische Konfliktunfähigkeit umgelenkt werden kann.

Gerade für den politisch durchaus 'verfassten' Bereich der internationalen Finanzarchitektur (vgl. Weiss 1999 u. D'Arista 1998) gilt deswegen, dass die Überwindung der Ambivalenz militanter Aktionsformen, ebenso wie die politische Kontrolle über die sich mit Kompetenzentwicklung verbindenden Entpolitisierungsgefahren, in einem beständigen Prozess der Austarierung gegensätzlicher Momente erfolgen muss. Dieser kann sich weder linear vollziehen, noch jemals zu einem Abschluss finden. Die mit den regelmäßigen Tagungen der IFIs verknüpften internationalen Kampagnen, die im Wesentlichen nur ihre 'lokalen' Partner wechseln, während sie im Hinblick auf alle anderen Teilnehmergruppen eine weitgehende Kontinuität aufweisen,

¹³ Ein extremeres Beispiel bietet die Haltung der Gewerkschaften, die durch einen gesellschaftlichen Beirat in die Geheimverhandlungen innerhalb der OECD über das MAI eingebunden gewesen waren und bis zum Schluss darauf drängten, das Abkommen nicht >fundamentalistisch< abzulehnen, sondern dafür eintraten, dass man den Vertragsentwurf „konstruktiv verbessern müsse“. Wie weit dies über die prozedurale Einbindung hinausreichende substanzielle Gründe hatte (etwa die grundsätzliche Einbindung in den >Wachstumskonsens< der Nachkriegszeit) ist hier nicht zu untersuchen.

versuchen durch die immer wieder neu hergestellte „gemeinsame Definition von Kampagnenzielen und -mitteln“ (Lahusen 1997, 191) dieses Gleichgewicht beständig neu zu finden.

Ein signifikantes Beispiel für einen derartigen schwierigen Transferprozess bieten die Bemühungen, das in Seattle gefundene strategische Mischungsverhältnis von Kompetenz und Militanz, von öffentlicher 'advocacy' und offenem Dialog - „die gelungene Verknüpfung von NGO-typischen Arbeitsweisen und Massenmobilisierung“ (Brunnengräber, Stock, Wahl 2000, 12 Anm. 1) - für die Thematik und Situation des Prager Jahrestreffens von IMF und Weltbank zu erneuern.¹⁴

Bisher sind dabei als zentrales Strukturmerkmal dieser Kampagnen ihre Fokussierung der Forderungen auf die multilateralen IFIs, insbesondere IWF und Weltbank, sowie die Ausrichtung auf Folgenprävention hervorgetreten (i.U. etwa zu Fragen der Bankenaufsicht und der Eigenkapitalanforderungen, die an bestimmte Geschäfte geknüpft werden sollen, die vor allem die Banking Community um die BIZ beschäftigen). Und ihre Dynamik wird immer noch, nicht weniger als die interne Debatte der Bretton-Woods-Institutionen, von einem externen Faktor bestimmt - von der rekurrierenden Zuspitzung internationaler Finanzkrisen. Wie weit der von den Finanzkrisen von 1997/98 ausgegangene Schub für wissenschaftliche Kritik und politische Debatte zu verebben begonnen hat, wird inzwischen aus den Stellungnahmen vor allem aus dem IWF deutlich, die sich einer Auflösung des Washington-Konsenses durch situationsbezogene Differenzierung wieder deutlicher entgegen stellen. Wie weit die relativ neuen und eigenständig angelegten internationalen Kampagnen von ATTAc und Jubilee 2000 demgegenüber wirklich eine eigenständige Mobilisierungsdynamik entfalten können, kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden. Allerdings ist heute schon klar, dass diese Kampagnen, jedenfalls insoweit wie sie an Krisenängste in der Bevölkerung sowie an Krisendiskurse institutioneller oder individuell mächtiger Akteure (vgl. Brand 2000b, 29f.) anknüpfen, jedenfalls ein Stück weit 'funktionieren werden'. Die Erwartung, dass ihr Hauptergebnis in einer Verbesserung der Politik und Handlungsweise der IFIs bestehen wird und noch nicht in deren 'Transformation' ist jedoch zumindest so lange plausibel, wie es nicht auch auf Seiten der 'Staatenwelt' zu erheblichen politischen Verschiebungen kommt.

4. Reaktionsmuster und Antwortstrategien der IFIs in der Sicht ihrer KritikerInnen

In der Frage der Rezeptivität der IFIs für die 'von außen' an sie herangetragene Kritik sind drei Ebenen zu unterscheiden: Die Ebene der Zielformulierung, auf der es ihnen relativ leicht fällt, politisch plausible Anforderungen der Kritik in ihre eigenen Diskurse zu integrieren, die Ebene von zusätzlichen Maßnahmen zur Kompensation negativer Auswirkungen ihrer Strategien und die

¹⁴ Wie der Ablauf gezeigt hat - bis hin zur vorzeitigen Beendigung der Tagung der Bretton-Woods-Institutionen - scheint dies durchaus gelungen zu sein. Was sich allerdings nicht so reproduzieren ließ, war die Konstellation unter den beteiligten Regierungen - vor allem aufgrund der Haltung Präsident Clintons und einiger selbstbewusster auftretender Delegationen aus dem Süden in Seattle. Die strategische Reflexion der Aktionen der transnationalen Akteure muss immer in Betracht ziehen, dass Bewegungen, NGOs und ExpertInnennetzwerke immer nur ein Akteursbereich unter mehreren sind - und zwar sowohl gegenüber den beteiligten Nationalstaaten wie gegenüber den multilateralen Institutionen der internationalen Finanzarchitektur eine Bereich relativ schwacher und fragmentierter Akteure.

Ebene der eigentlichen Strategieformulierung. So bekennt sich die Weltbank schon seit Anfang der 1990er Jahre zum Ziel eines Wirtschaftswachstums, das den Armen zugute kommt („pro-poor growth“) und der IWF spricht inzwischen von einem Wirtschaftswachstum hoher Qualität („high quality growth“), das Chancengleichheit fördern und armutsvermindernd wirken soll. Darüber hinaus hat die Weltbank schon seit den 1980er Jahren in Reaktion auf Kritik Abfederungsprogramme und sozialpolitische Vorgaben mit ihren Anpassungsprogrammen verbunden, seit einigen Jahren enthalten ihre Struktur- und Sektoranpassungsprogramme auch soziale Konditionalitäten und kompensatorische Programmteile, welche die ärmsten Bevölkerungsschichten schützen sollen. Allerdings sind diese in der Regel mit einer unzureichenden finanziellen Ausstattung versehen und ohne geeignete Maßnahmen, um wirklich die allerärmsten sozialen Kategorien zu erreichen. Spätestens seit der Asienkrise versucht der IWF - der bis in die späten 1990er Jahre die These vertrat, wegen des langfristig zu erwartenden 'trickle down'-Effekt des Wirtschaftswachstums seien spezielle Maßnahmen für bestimmte Bevölkerungsgruppen unnötig und sogar kontraproduktiv - die Erfahrungen der Weltbank mit derartigen kompensatorischen Elementen für sich zu nutzen, indem er in seine Stützungspakete auch soziale Sicherungsnetze integrierte. Davon bleibt allerdings bei beiden IFIs die Kernannahmen des Washington-Konsenses, der ihrer politischen Strategie zugrunde liegt, unberührt: insbesondere der eindeutig positive Zusammenhang von Inflationsbekämpfung, Liberalisierung der Finanzmärkte und künftigem Wirtschaftswachstum, einerseits, und die unmittelbare Wirkung des Wirtschaftswachstums auf die Überwindung von Armut.

Seit der Mitte der 1990er Jahre wird die zunächst 'von außen' formulierte Kritik an den Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP) des IWF auch innerhalb des ExpertInnen-Umfeldes der IFIs aufgegriffen (vgl. zusammenfassend Stiglitz 2000). Dafür scheint vor allem ausschlaggebend gewesen zu sein, dass nicht nur zerstörerische Umwelteffekte und harte Auswirkungen auf besonders schwache Betroffenengruppen auftraten, an denen die politische Thematisierung der SAPs von Seiten transnationaler Aktionsbündnisse angesetzt hatte (vgl. George 1988), sondern auch die makroökonomischen Zielsetzungen verfehlt wurden, mit denen sich die IWF-Strategien begründeten. Nachdem die prozyklisch wirkende Austeritätspolitik des IWF in den Finanzkrisen der Jahre 1997/1998 (in Asien, Russland und z.T. in Lateinamerika) dazu beigetragen hatte, in den betroffenen Ländern umfassende Wirtschaftskrisen auszulösen, gewann die These vieler KritikerInnen, dass die vom IWF propagierte Liberalisierung der Kapital- und Finanzmärkte selbst zu den Krisenursachen gehörte (vgl. Dieter 1998), an AnhängerInnen auch in Kreisen, die den 'Washington-Konsens' bisher bedingungslos mitgetragen hatten. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildeten dann die Erklärungen des Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, der die Kernannahme kritisierte, Inflationsbekämpfung sei unter allen Bedingungen eine Voraussetzung für eine realwirtschaftliche Stabilisierung. Im konkreten Fall kann eine harte Preisstabilisierungspolitik (etwa durch Zinssteigerungen und Kürzungen öffentlicher Ausgaben) gerade die Investitionen verhindern, die für eine dauerhafte ökonomische Erholung und speziell für eine wirksame Armutsbekämpfung dringend erforderlich seien. (Stiglitz 1998)

Die G7-Gruppe als multilaterale Orientierungsinstanz hatte - auf ihrem Kölner Gipfel vom Juni 1999 - für eine Erweiterung der multilateralen Entschuldungsinitiative für die ärmsten unter den überschuldeten Ländern (HIPC) deutliche Vorgabe an Weltbank und IWF gegeben, ein Konzept

für die Verwendung der durch den Schuldenerlass der HIPC-Initiative frei werdenden Mittel (entfallenden Zins- und Tilgungszahlungen) zur Armutsbekämpfung in den überschuldeten Ländern vorzulegen. Darauf antworteten diese auf ihrer Septembertagung, indem der ausscheidende IWF-Chef Camdessus ein 'Poverty Reduction Strategy Paper' (PRSP) vorlegte. Dessen Grundgedanke ist eine modifizierte Fortsetzung des bisherigen Prinzips des internationalen Managements der Schuldenkrise, indem Schuldenerlasse an die Durchführung eines Strukturanpassungsprogramms durch das betroffene Land gebunden werden. Dabei soll allerdings die Armutsbekämpfung selbst zum zentralen Ziel der 'Anpassung' werden und im Verfahren zwei neue Prinzipien Anwendung finden: Nicht die ExpertInnen des IWF allein sollen die anzuwendenden Wirtschaftsprogramme entwerfen, sondern die betroffenen Länder selbst sollen Armutsstrategien formulieren, auf deren Grundlage dann konkrete Wirtschaftsreformen konzipiert werden können. Der IWF kündigte an, auf dieser Grundlage seine bisherigen Anpassungsprogramme ESAF zu einer 'Poverty Reduction and Growth Facility' weiterzuentwickeln. Entsprechend wollte die Weltbank mit ihren eigenen Struktur- und Sektoranpassungsprogrammen verfahren. Inzwischen liegt ein gemeinsames Papier zur Umsetzung dieser Strategie vor (IMF/World Bank 2000).

Aus den alternativen ExpertInnen-Communities heraus wird demgegenüber unterschiedlich reagiert: Einerseits wird eine Kritik an den ungelösten Umsetzungsproblemen des 'neuen Verfahrens' (vgl. Unmüßig 2000b) mit einer grundsätzlicheren Kritik an den Grundannahmen der Strategie verbunden - „der politische Wille aber, alle Stabilisierungs- und Strukturmaßnahmen von Anpassungsprogrammen auf ihre Wirkung auf die Armutssituation hin zu überprüfen, lässt sich bei den Bretton-Woods-Institutionen nicht erkennen“ (Unmüßig/Walther 2000, 28). Auf dieser Grundlage wird die Forderung erhoben, neben der Wachstumsfrage auch andere Grundsatzfragen auf die Tagesordnung der Debatte über die internationale Finanzarchitektur zu setzen: „Fragen der Verteilungsgerechtigkeit ... ebenso wie eine Diskussion der Bedingungen (...), unter denen eine Öffnung einheimischer Waren- und Finanzmärkte sinnvoll sind“ (ebd.). Darüber hinaus wird die Frage nach den Grenzen von privater Aneignung und In-Wert-Setzung aufgeworfen (ebd.) und das neue Prinzip der „ownership“ zur Forderung nach einer „wirklichen nationale(n) ownership von Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften beim Design der Programme sowie in ihrer Umsetzung und Überwachung“ eingefordert (ebd.). Andererseits wird hervorgehoben, dass ganz generell Institutionen nicht als beliebig einsetzbare Instrumente zu begreifen sind: Sie sind letztlich Ausdruck bestehender gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und haben selbst ein Eigeninteresse an der Fortsetzung der von ihnen einmal übernommenen 'Mission'. Dies gelte um so mehr in Bezug auf „die Internationalisierung politischer Prozesse“, welche systemisch „vor allem in Grauzonen und weitgehend ohne Transparenz stattfindet“ (Brand 2000b, 29). Deswegen sollte in der von den IFIs betriebenen „Suche nach neuer bzw. erneuerter Legitimität“ kein Grund für „Hoffnungen“ gesehen werden (ebd.). Demgegenüber wird an die Frage der „weltweite(n) Machtverhältnisse“ (ebd., 30) erinnert, auf die eine „radikale Reformperspektive“ zielen müsse, in der es „zuvorderst darum gehe, Erkenntnis- und Handlungsspielräume zu öffnen, auch über Zuspitzung“. Deswegen wird in Reformdiskussionen die Gefahr gesehen, „eher zu einem 'nachhaltigen Neoliberalismus' beizutragen als ihn zu

überwinden“ (ebd.). Die zentrale Schlussfolgerung dieser Argumentationslinie lautet: „So verstanden ist die Forderung, IWF, Weltbank und WTO abzuschaffen, legitim und wichtig.“ (ebd.)

Allerdings gilt auch für diese Kontroverse, was Jeremy Brecher u.a. (2000, 118ff.) bereits in der Strategiedebatte unter den KritikerInnen nach Seattle herausgearbeitet hat: Wie die kanadischen AutorInnen eines wichtigen Strategiepapiers des Aktionsbündnisses von Seattle, Maude Barlow und Tony Clarke (2000), zum Verhältnis von Reform- und Abschaffungsforderungen bemerkt haben: „This need not be an ‘either/or’ proposition“ (zit. n. Brecher u.a. 2000, 119), indem sie eine mehrstufige Strategie von Reformforderungen, Appelle an „countervailing powers“ (wie ILO, UNCTAD und UNEP) formulieren - „with a vision of fundamentally transforming institutions of global governance“. (ebd.) Eine entsprechende Interpretation ist auch für die von Brand formulierte Kritik möglich, die fordert, die „Argumentation von Unmüßig/Walter ... als strategische und nicht als wirklich substantielle“ zu begreifen (Brand 2000, 30).

Umgekehrt ist die Frage nach der Rezeptivität der IFIs für die Forderungen der KritikerInnen demgemäss nach zwei Richtungen auszuweiten: Zum einen, welche dieser ‘countervailing powers’ wie und mit welchem Gewicht ins Spiel gebracht werden können, und zum anderen, wie die politischen Bedingungen dafür geschaffen werden können, dass möglich wird, was Brand pauschal für eine „grobe Verkürzung“ erklärt, nämlich „von politisch-staatlichen Akteuren nun anti-neoliberale Politik zu erwarten“, so dass etwa innerhalb der G7 Interessen- und Projektwidersprüche artikuliert werden, die neue Transformationsimpulse auch für die Internationale Finanzarchitektur möglich machen.

5. Abschließende Thesen

1. Die Rolle der unvorhergesehenen Akteure in den politischen Auseinandersetzungen um die internationalen Finanzmärkte seit den 1980er Jahren erschließt sich nicht aus einer extremen Betrachtungsweise: Sie sind weder die 'Störenfriede', die mit ihrem Hereinbrechen in die Arena eine sonst konfliktfrei verlaufende Debatte gewaltsam zum politischen Streitgegenstand gemacht hätten. Noch sind sie die Vorläufer einer staats- und herrschaftsfreien globalen Zivilgesellschaft oder der 'Weltbürgerparteien' einer weltweiten Bürgergesellschaft nach dem „Ende des Staates“. Noch haben sie, auch wenn in ihnen ExpertInnengruppen und Wissensnetzwerke eine zentrale Rolle spielen, in Richtung auf eine weitere Technokratisierung politischer Prozesse gewirkt. Ihr durchaus heterogenes Spektrum reicht von lokalen oder regionalen Grass-Roots-Bewegungen bis zur NGO-Elite der INGOs und TNGOs, die leicht zu Congos werden. Sie haben insgesamt einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, einen globalisierten Politikbereich, der von den ProtagonistInnen des multilateral verankerten 'Washington-Konsens' für die reinste Form des 'Sachzwangs Weltmarkt' erklärt wurde, wieder als Gegenstand einer substanziellen politischen Auseinandersetzung erkennbar zu machen. Damit haben sie die gegenwärtig laufenden Verhandlungsprozesse über eine internationale Finanzarchitektur in der Tendenz auf eine neue Grundlage gestellt, ohne die Macht der bestehenden Institutionen wirksam zu schwächen.

2. In diesem für die Regulation zentralen Bereich von Finanzmärkten und Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs: v.a. Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Bank für Internationale Zahlungssysteme) wurde die Rolle der einzelnen Nationalstaaten, wie sie außenpolitisch von ihren Regierungen vertreten werden, schon durch das Auftreten von sog. 'Offshore-Finanzmärkten' (Petro- und Metro-Dollars) relativiert. Außerdem schaffen die existierenden multilateralen IFIs durch ihre Satzung und Funktionsweise eine hierarchisch-funktionelle Unterscheidung zwischen den sie tragenden Mitgliedstaaten (im wesentlichen den G7), die in ihnen als politische Subjekte wirken, und allen 'anderen Staaten', die von ihnen als Objekte von Politik behandelt werden. Damit differenziert sich die mögliche Rolle der politisch auf die internationalen Finanzmärkte einwirkenden Regierungen bereits grundlegend, gleichsam in Akteurs- und Klientenstaaten. Dies wird auf beiden Seiten noch einmal zugespitzt: Durch die USA, die als Trägermacht des Weltgeldes grundsätzlich immer auch die Karte des Unilateralismus ziehen kann, sowie durch die von der Schuldenkrise geschwächten LDCs, die kaum noch als Staat handlungsfähig sind.

Vor diesem differenzierten Hintergrund auf der Seite der 'Staatenwelt' kommen zunächst alle andersartigen, weder staatlichen, noch >privaten<, noch auch multilateralen Akteure, die auf dem Feld der politischen Auseinandersetzung um die „internationale Finanzarchitektur“ auftreten, nicht von vorneherein in eine Konkurrenzrolle zu nationalen Regierungen. Zugleich differenzieren sie sich aber in entsprechende Untergruppen (vgl. Unmüßig 2000b): Basisgruppen und Interessenorganisationen und 'Quangos' aus den LDCs und aus dem Süden, politische Bündnisse, NGOs und INGOs, sowie ExpertInnen-Communities aus dem 'Süden' und aus dem 'Norden' (wobei sich mit dem relativen gesellschaftlichen Reichtum eine Verschiebung in Richtung auf NGOs, INGOs bzw. zu ExpertInnen-Communities zu vollziehen scheint, in denen der 'Norden' ein z.T. dramatisches Übergewicht aufweist). Mit Regierungen des Südens oder politisch dissidenten Regierungen aus dem G7-Kreis - zumeist geht es um Frankreich und Kanada - ist den von diesen Akteuren gebildeten Kampagnenbündnissen (etwa Jubilee 2000, ATTAC) sogar in

wichtigen Fragen (etwa MAI, GATS, Liberalisierung des Kapitalverkehrs) immer wieder ein gemeinsames taktisches Vorgehen möglich.

3. Die 'glokale' Wirkungsweise der internationalen Finanzmärkte lässt diese - mit Zinssatz und Dollarkurs - zwar überall hin reichen, wo wirtschaftliches Handeln überhaupt monetär vermittelt ist. Sie ist aber letztlich nur auf der globalen Ebene einer wirksamen Regulation zugänglich ist, wenn auch makroregionale Operationen wie die Bildung der Euro-Zone oder die diskutierte Einführung eines asiatischen Währungsverbunds eine wichtige ergänzende Rolle spielen können. Dies stellt die 'nicht vorgesehenen' Akteure vor ein schwer lösbares Politisierungs- und transnationales Organisationsproblem: 'Geld', 'Kredit' und 'Wertpapiere' stellen hoch abstrakte Verhältnisse dar, die innerhalb des lebensweltlichen Nahbereichs allenfalls symbolisch dargestellt und in ihren Wirkungen erlebt werden können. Zugleich erfordern sie eine politische Praxis, die weit über das lokale Gemeinwesen hinausweist, in dem sich die Menschen immer schon kommunikativ miteinander auseinandersetzen. Das ist durch einen (keineswegs linear verlaufenen) Prozess der kumulativen Folgenthematisierung bisher in den Vorbereitungsprozessen für alle größeren Tagungen der IFIs immer wieder gelungen - von den Staudämmen und den AKWs der Weltbankgeführten Konsortien und den Strukturanpassungsprogrammen über die Rolle der Pensionsfonds auf den Finanzmärkten und gegenüber den bestehenden sozialen Sicherungssystemen und die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen bis hin zur Handhabung der internationalen Bankenaufsicht über Geschäfte mit 'innovativen Finanzprodukten' oder der 'Entschleunigung' des Kapitalverkehrs durch Devisenumsatzsteuern (Tobin-Steuer).

Die makroregionalen Ungleichgewichte zwischen den teilnehmenden Organisationen und ExpertInnen aus den USA, aus der EU, aus Japan und anderen führenden asiatischen Ländern und aus anderen Weltregionen des Südens machen dagegen immer noch Probleme - die zunehmend dadurch bearbeitbar zu machen versucht werden, dass sich auch derartige Bündnisstrukturen entsprechend 'regionalisieren'. Die Kommunikationsprobleme, die etwa zwischen durch eine kritische Jugendkultur politisierten 'Rucksack-AktivistInnen', den TeilnehmerInnen von 'Kleinbauern-Karawanen' aus dem 'Süden' zu Ereignissen im 'Norden', den Mitgliedern politisch sensibilisierter Kirchengemeinden und dem professionalisiertem NGO- und Think-Tank-Personal strukturell anzunehmen sind, konnten bisher offenbar von einer Kommunikationspraxis der Achtung von Differenzen bei verbindlicher Verständigung über gemeinsame Ziele und Kampagnen in erträglichen Grenzen gehalten werden. Dies gilt sowohl für die Differenzen zwischen fundamental oppositionellen und reformerischen Ansätzen - die in Formeln wie 'Fix it or Nix it!' bisher in einem produktiven Spannungsverhältnis gehalten werden konnten - als auch für die vielfältigen Aktionsformen von der wissenschaftlichen Expertise, der Unterschriftensammlung oder der Straßendemonstration, die sich bisher eher wechselseitig verstärkt haben, anstatt ihre Wirkungen gegenseitig aufzuheben. Beides ergibt sich allerdings nicht von selbst. Es bedarf vielmehr der beständigen Bemühungen von 'Netzwerkvermittlern', die zunehmend nicht mehr von Großorganisationen oder politischen Parteien gestellt werden, sondern von kleinen, professionalisierten 'Apparaten'.

4. Die selbst bereits medienträchtigen Anlässe der faktischen 'Gipfeltreffen' anlässlich der Jahrestagungen der IFIs - von besonderer Bedeutung war die Berliner Tagung von 1988, deren Alternativgipfel den Startschuss für einen 'neuen Internationalismus' geben wollte, die Madrider

Tagung von 1996, die von vielfältigen Gegenaktivitäten aus sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen begleitet war, sowie die auf die 'Battle von Seattle' folgende Jahrestagung in Prag im Jahre 2000 - haben dabei nicht nur faktisch die Räume geschaffen, in denen sich eine Alternativdebatte so weit entfaltet, dass auch in Ansätzen kontinuierliche Arbeitsformen zwischen den Gipfeln stabilisiert werden konnten. Sie schrieben auch die Dramaturgie für eine medial orientierte Ereignisinszenierung seitens der alternativen Netzwerke vor - von Vandana Shivas 'Gedenkminute für die Opfer der Politik von Weltbank und IWF' auf einer großen öffentlichen Diskussion mit Vertretern dieser Institutionen bis zu Vaclav Havels Initiative für eine öffentliche Podiumsdiskussion auf dem Hradschin zwischen den Spitzen der IFIs und führenden KritikerInnen, aber auch immer wieder mit Großdemonstrationen und Blockaden, die spätestens dann dramatischen Fernsehbilder lieferten, wenn Polizeikräfte sie aufzulösen versuchten. Führenden Beteiligten - sowohl etwa bei Jubilee 2000 wie bei ATTAC! - ist durchaus bewusst, dass in der Taktik der demonstrativen Zuspitzung und der gewaltfreien Militanz auch immer das Risiko liegt, die eigene Glaubwürdigkeit durch unkontrollierbare Ausbrüche von Gewalttätigkeit von Seiten einzelner Demonstrantengruppen zu gefährden. Bisher ist es jedoch den Aktionsbündnissen immer wieder gelungen, derartige Ausbrüche zu vermeiden oder zumindest so weit unter Kontrolle zu halten, dass eine Eskalation von Zusammenstößen mit Polizeikräften vermeiden werden konnte. Dazu hat vermutlich auch beigetragen, dass auch die IFIs selbst keinerlei Interesse an einer solchen Eskalationsmöglichkeit haben, die auch ihre Glaubwürdigkeit schädigen könnte - und etwa in Prag ihre Sitzung vorzeitig zu Ende brachten, anstatt auch nur die Möglichkeit einer Eskalation von Gewalt zwischen Demonstranten und Polizei zuzulassen.

5. Die Entwicklung der transnationalen Debatten um die 'internationale Finanzarchitektur' zeigt nicht nur, dass Problemlösungen nur im Zusammenwirken von nationalstaatlichen, multilateralen und nicht-staatlichen Akteuren gefunden werden können, wie dies von den Politikkonzepten der 'global governance' und der 'internationalen Strukturpolitik' vertreten wird. Darüber hinaus macht sie deutlich, wie hier hoch abstrakte und von lokaler lebensweltlicher Unmittelbarkeit weit entfernte Entscheidungen über Definitionen, Prozeduren und Regeln so massiv auf konkrete Lebensbedingungen 'vor Ort' zurückwirken, dass die von den Entscheidungsfolgen Betroffenen dringend bei der Entscheidungsfindung Gehör zu verschaffen ist. Dabei wirken Macht- und Herrschaftsverhältnisse, wie sie auf vielen Ebenen bestehen, als ein die Planung und Evaluation politischer Initiativen und Programme beeinträchtigender Filter, der zur systemischen Fehlerquelle werden kann. Dies ist nach breitem Eingeständnis etwa in der frühen Weltbank-Politik der Finanzierung von großen Staudämmen als Infrastrukturmaßnahmen und zumindest in den ersten Generationen der 'Strukturanpassungsprogramme' des IWF geschehen. Gegenwärtig besteht ein begründeter Verdacht, dass auch die geheimnisgewohnten 'Banker' der Basler BIZ aufgrund ihrer Kommunikationsschwächen immer wieder Risiken und Absicherungserfordernisse bestimmter Typen von Transaktionen (insbesondere im Bereich der Derivate und der anderen innovativen 'Finanzprodukte') falsch einschätzen.

6. Trotz eines ungewichteten und nicht offiziell selektiven Diskussionsprozesses innerhalb der heterogenen Konstellation von 'Bewegungen der Zivilgesellschaft', die sich auf die internationalen Finanzmärkte bezieht, lassen sich Hauptstränge der Reformforderungen identifizieren. Unter ihnen bestehen durchaus Spannungsverhältnisse und ihre Vereinbarkeit wird von alternativen

ExpertInnen, NGOs und Bewegungen selbst durchaus als problematisch gesehen wird. Das gilt zum einen für eine Gruppe von Forderungen, die sich im Namen von Konzeptionen der Volkssouveränität und des (zumeist in der 'Dritten Welt' verankerten) Nationalismus gegen die bloße Tatsache eines nationalstaatlichen Kontrollverlustes und der internationalen Regulation richtet. Diese sind grundsätzlich weder mit Forderungen nach einer anderen Art von internationaler Regulation der Finanzmärkte durch andere, die bestehenden Institutionen ersetzenden oder sie ergänzenden multilateralen Einrichtungen oder nach einer Reform der bestehenden Institutionen vereinbar. Entsprechend deutlich werden derartige grundsätzlich protektionistische Vorstellungen der 'Autarkie' oder der 'Abkoppelung' in der auf die Finanzmärkte bezogenen Reformdebatte kritisiert. Dagegen besteht angesichts der immer noch sehr schwierigen Reformdebatte mit VertreterInnen der bestehenden IFIs ggw. noch eine deutliche Solidarisierung zwischen denjenigen, die neue Institutionen als Ergänzung oder Ersatz für die bestehenden Formen, und denjenigen, die Reformen der bestehenden IFIs für ausreichend halten. Selbst die Differenzierung zwischen denjenigen, denen bereits eine Veränderung der Politik dieser bestehenden Institutionen, ohne über eine Verbesserung von Transparenz und Dialogfähigkeit hinauszugehen, genügen würde, und denjenigen, die weitergehende strukturelle Reformen dieser IFIs fordern, bleibt angesichts des gegenwärtig wieder verebbenden inneren Reformdrucks aufgrund der Asienkrise eine eher theoretische Differenz, die kaum praktische Auswirkungen hat. Gegenwärtig stellt die Forderung nach einer Devisenumsatzsteuer, die sowohl die Volatilität verringern könnte, als auch Einkünfte generieren würde, aus denen etwa die Vorhaben der Agenda 21 finanziert werden könnten, gleichsam den 'größten gemeinsamen Nenner' sehr unterschiedlicher Forderungsperspektiven dar, der z.T. selbst aus der innerinstitutionellen Perspektive der policy-Reform als attraktiv und machbar beurteilt wird.

Angesichts des gemeinsamen Interesses von im Ansatz sehr unterschiedlichen Gruppen und Positionen an einer Zurückweisung der These, es gebe in diesen Fragen überhaupt keine politischen Alternativen und an der Delegitimierung der unterschiedlichen Monopolansprüche der multilateralen IFIs, der nach eigenem Ermessen auch unilateral agierenden USA, und der 'führenden Industriestaaten' der G7-Gruppe, sowie an einer legitime Beteiligung an der über die internationale Finanzarchitektur zu führenden Verhandlungen, gibt es zudem ein gemeinsames 'Meta-Interesse'. Dadurch erscheint es auch für substantiell inkompatible Positionen vorrangig, in einer Kritik an Positionen der immer noch nur sehr begrenzt rezeptiven 'anderen Seite' zu konvergieren, als eigene Differenzen untereinander auszutragen. Das sollte allerdings nicht so verstanden werden, dass derartige Differenzen von den Beteiligten verschwiegen oder versteckt würden. Das ist überwiegend nicht der Fall: Sie werden durchaus offen ausgesprochen - allerdings werden aus ihnen keine weitergehenden Konsequenzen in Richtung etwa auf die Aufkündigung bestehender Bündnisse gezogen. Hier könnten Vorstöße einzelner Regierungen oder internationaler Parteienfamilien in Richtung auf eine wirklich offene Debatte sowohl in Hinblick auf die diskursive Öffnung der IFIs selbst, als auch im Hinblick auf eine politische Differenzierung zwischen ihren KritikerInnen eine entscheidende Wirkung entfalten.

7. Regierungen und Parlamente können in der Kommunikation mit diesen nicht vorgesehen Akteuren im Feld der internationalen Finanzarchitektur vor allem zweierlei lernen: Erstens, dass die Politik der multilateralen IFIs, wie sie sich seit dem Zusammenbruch des alten Bretton-Woods-Systems seit den 1970er Jahren entwickelt hat, keineswegs so alternativlos ist, wie das schmale

Segment von Mainstream-Ökonomen, die den Washington-Konsens gezimmert und unterfüttert haben, dies darzustellen neigt, sondern selbst den Gegenstand einer substanziellen, nicht nur prozeduralen politischen Auseinandersetzung bilden kann. Dabei können sie sich darauf verlassen, dass das transnationale Netzwerk derartiger Akteure, das sich auf dem Feld der internationalen Finanzarchitektur seit den 1980er Jahren durchaus kumulativ, wenn auch nicht linear herausgebildet hat, sowohl die fachlich darstellbaren Alternativen transportiert, als auch der 'Stimme' von ohne Anhörung gebliebenen Betroffenen Gruppen irgendwie Gehör verschafft. Die Behauptung rechtfertigt sich daraus, dass alle Linien wirtschaftswissenschaftlicher Forschung, die vom dogmatisierten 'main-stream' seit den 1970er Jahren marginalisiert und totgeschwiegen wurden, inzwischen in dieser NGO- und Bewegungswelt mit Erfolg rezipiert und verbreitet werden (das gilt insbesondere für die durch den Paradigmenwechsel der 1970er Jahre aus der Dominanzposition verdrängten Keynesianer, aber auch für unterschiedliche institutionalistische, konventionalistische, regulationistische und marxistischen Stränge der Theoriebildung). PolitikerInnen, die sich eine eigenständige Meinung bilden wollen, können aus diesem vielstimmigen Chor heraus zu einer eigenen Beurteilung von Problemdiagnosen und Lösungsvorschlägen gelangen. Die nur in geringem Umfang kontrollierte und selektive Kommunikation in diesen Netzwerken (wie sie der technologischen Struktur der für diese Kommunikation grundlegenden Internet-Architektur entspricht) sorgt zugleich für eine niedrige Eintrittsschwelle, die es Betroffenen Gruppen oder zumindest den sich mit ihnen solidarisierenden Advocacy-Gruppen grundsätzlich relativ leicht macht, sich mit ihren Anliegen zu Wort zu melden. Allerdings kann eine Politik, die diese Botschaften aus dem Netzwerk aufzugreifen versucht, keineswegs darauf setzen, dass die elaboriertesten Expertisen auch die triftigsten oder die am lautesten hörbaren Wortmeldungen auch die dringlichsten oder wichtigsten sind. Angesichts der großen Rolle, die auch in derartigen nach allen Seiten offenen Netzwerken die Unterschiedlichkeit der für Elaboration und Kommunikation zur Verfügung stehenden Ressourcen spielen, muss eher von dem Gegenteil ausgegangen werden - ohne deswegen nun aber gleich jeder 'fixen Idee', jedem 'Kleinstgruppeninteresse' aufzusitzen. M.a.W. leisten diese Netzwerke grundsätzlich nicht, was politische Parteien oder gesellschaftliche Großorganisationen innerhalb nationalstaatlicher Räume zu leisten bemüht sind: Nämlich eine Gewichtung und Kohärenzprüfung der im Diskurs vertretenen Thesen und Forderungen. Damit steigen die Anforderungen, sowohl innerhalb dieser Netzwerke wie im Umgang mit ihnen, die an das individuelle Urteilsvermögen und die individuelle Entscheidungsbereitschaft der Menschen gestellt werden, die sich in ihnen zu bewegen versuchen.

8. Die multilateralen IFIs haben inzwischen - nach über einem Jahrzehnt der Auseinandersetzungen und mehreren großen Finanzkrisen - den wichtigen Beitrag dieser nicht vorhergesehener Akteure grundsätzlich anerkannt: „Let's hear everyone and get on with imaginative solutions“, wie Weltbankpräsident James D. Wolfensohn es im Januar 2000 formuliert hat. Innerhalb der Weltbank gibt es seit 1994 eine offizielle Beteiligungspolitik und eine NGO Working Group, deren Tagesordnung und Papiere inzwischen auch in einer öffentlichen e-mail-Liste erörtert werden. In den letzten Jahren ist die Bereitschaft, mit diesen NGOs zu diskutieren über den Bereich der Umsetzung („operations“) auch auf den Bereich der Politikfestlegung

(„policy“) ausgedehnt worden.¹⁵ Auch seitens des IWF (und innerhalb des IWF) wird inzwischen Gesprächsbereitschaft demonstriert. Dennoch hielt die von einem breiten Bündnis von Bündnisnetzwerken, Kampagnen und NGOs aus ‘Nord’, ‘Süd’ und ‘Ost’ unterschriebenen ‘Erklärung von Prag’ fest: „Wir glauben vielmehr, dass die Suspendierung des letzten Konferenztages das Eingeständnis der Unglaubwürdigkeit der genannten Institutionen widerspiegelt. (...) Unsere Herausforderung an diese Institutionen und an alle jene, die - hauptsächlich aufgrund der Last illegitimer Schulden - ihre Wirtschaftspolitik kontrollieren und diktieren, ist unbeantwortet geblieben. Unser Ruf nach einer völlig neuen globalen ökonomischen Struktur, die sich nicht an einem Modell orientiert, sondern eine Vielfalt von Alternativen für die verschiedenen Völker dieser Erde aufzeigt, wurde von diesen Institutionen weder akzeptiert, noch verstanden.“ (Focus on the Global South u.a. 2000). Es lässt sich also sagen, dass es diesen ‘nicht vorhergesehenen Akteuren’ insgesamt gelungen ist, einen Bereich für eine notwendige politische Debatte zu öffnen, der sich den national zentrierten politischen Diskursen weitgehend entzog, ihnen aber auch mit technokratischen Sachzwangargumenten und diplomatischer Geheimnistuerei entzogen wurde. Und sie haben dies nicht nur mit dem Ziel einer Delegitimation der herrschenden Mächte getan, sondern ihre Proteste beständig mit der ‘konstruktiven Arbeit’ (Ghandi) verbunden, tragfähige Alternativvorschläge zu entwickeln und in eine breite öffentliche Debatte einzubringen. Sie haben damit wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, das zu verwirklichen, was US-Präsident Clinton 1998 auf der Jahrestagung von Weltbank und IWF gefordert hat: „International institutions themselves must reinforce the values we honor in our own economies. In Geneva last May I asked the World Trade Organization to bring its operations into the sunlight of public scrutiny, to give all sectors of society a voice in building trade policies that will work for all people in the new century. We must do the same for other multilateral institutions.“

9. Die kumulative Entwicklung der Fähigkeiten dieser transnationalen Akteurskonstellation, konstruktiv in die politische Debatte über die internationale Finanzarchitektur einzugreifen, hat aber weder dazu geführt, dass die führenden Nationalstaaten, insbesondere die USA in ihrer eigenständigen Durchsetzungsmacht geschwächt wurden, noch hat sie mit der quantitativen und qualitativen Entwicklung der ökonomischen Mächte des Finanzdienstleistungssektors wirklich mithalten können. Die politischen Lösungen für die erkannten Probleme der Finanzmärkte und der IFIs treten immer noch dann auf der Stelle, wenn der letzte Krisenschub (zuletzt der Asienkrise) abzuebben beginnt. Problemlösungen werden sich ohne ein energisches Engagement der führenden Industriestaaten - und entsprechende Initiativen der EU, solange die USA in diesem Bereich ihre Führungstätigkeit auf ein weiteres Ausbremsen aller neuen Ansätze beschränkt - nicht erreichen lassen.

So sehr es zutrifft, dass die komplexen Sicherungsnetze der gegenwärtigen Weltfinanzarchitektur der primitiven Struktur des Goldstandards vor dem ersten Weltkrieg oder auch der Fragilität des Weltmarktzusammenhangs in den 1920er und 1930er Jahren um Längen überlegen sind: Sie können gegenwärtig weder einen verlässlichen Schutz vor durchschlagenden Finanzkrisen gewährleisten, die innerhalb der realen Weltwirtschaft eine weitere ‘große Depression’ auslösen, noch können sie erreichen, dass sich die Ungleichheit in der Verteilung der Lasten der

¹⁵ Die >Global Commission on Dams< bietet ein Beispiel für einen noch über den Rahmen der Weltbank hinausreichenden transnationalen >Runden Tisch<.

Krisenbewältigung zu einer als derart krass erfahrenen Ungerechtigkeit zuspitzt, dass die Betroffenen darauf mit destruktiver Opposition reagieren, auf die weder die Weltwirtschaft, noch die Finanzarchitektur mehr adäquat reagieren können.

10. Politische Parteien und Regierungen in demokratischen Staaten werden sich angesichts dieser Lage nicht der Verantwortung für eine aktive Teilnahme an der Politik der Internationalen Finanzarchitektur dadurch entledigen können, dass sie auf die unbestrittenen Leistungen insbesondere der transnationalen NGO-Bündnisse im Hinblick auf die politische Thematisierung der internationalen Finanzmärkte und die konstruktive Unterfütterung der politischen Debatten verweisen, aber konkrete Entscheidungen/Veränderungen vermeiden. Hier ist ihre eigene Fähigkeit gefragt und zu entwickeln, auch über den Horizont des Nationalstaates und der EU hinaus, eine ebenso phantasievolle wie verantwortliche Strategie eines multilateralen Dialogs mit mehreren Dimensionen zu entwerfen und umzusetzen, welche sich nicht durch schlechte Abstraktionen wie der Entgegensetzung einer 'Staatenwelt' und einer 'Gesellschaftswelt' davon abhalten lässt, die für die jeweils angestrebten Problemlösungen die trag- und durchsetzungsfähigen Bündnisse zu finden und im Prozess dahin die erforderlichen Kompromisse einzugehen.

11. Eine umfangreichere zeitgeschichtliche Analyse der Entwicklung der Akteurskonstellation der 'Bewegungen der Zivilgesellschaft' auf dem Feld der internationalen Finanzmärkte, wie sie für andere Bereiche (Umweltpolitik, Menschenrechtspolitik und Frauenpolitik) vorliegen, wäre eine wichtige Grundlagen für weitere Analysen. Dabei wäre insbesondere die hier formulierte Hypothese eines Seiteneinstiegs mit kumulativer Fortsetzung zu überprüfen. Nähere Detailuntersuchungen wären wünschenswert hinsichtlich der Kooperation von Weltbank und 'Zivilgesellschaft', hinsichtlich der Bedingungen einer gleichberechtigten Kommunikation zwischen Nord- und Süd-NGOs, der schrittweisen Einbeziehung der Übergangsländer in die NGO-Bündnisse dieses Politikfeldes, sowie hinsichtlich der z.T. behaupteten Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Trägergruppen seit dem vermehrten Engagement von gewerkschaftlichen Gruppen. Fallstudien wären wünschenswert über die Rolle weltanschaulich geprägter, insbesondere kirchlicher Gruppen beim Aufbau der ersten auf die Folgen der Kreditvergabepolitik der Weltbank bezogenen NGO-Bündnisse, Länderstudien über zivilgesellschaftliche Reaktionen auf Schuldenkrise und SAPs in ausgewählten Ländern, sowie vergleichende Untersuchungen über die Herausbildung der jüngsten Generation von auf die internationalen Finanzmärkte spezialisierten transnationalen NGO-Bündnisse (z.B. Halifax-Initiative, Tobin Tax USA, ATTAC, Jubilee 2000). Differenziertere Kenntnisse dieser feldspezifischen Entwicklungen wären eine wichtige Voraussetzung für eine Nutzung dieser Erfahrungen für staats- und demokratietheoretische, sowie für eine relevante Diskussion über Gestaltungsstrategien der 'Globalisierung'.

Literatur:

- Aguiton, Christophe, 1999: Le réseau des marchés européennes contre chômage, la précarité et les exclusions, in: Boual, Jean-Claude, hg., Vers une société civile Européenne, Paris, 83ff.
- Akyüz, Yilmaz, 2000: The Debate on the International Financial Architecture: Reforming the Reformers, Genf
- Altvater, Elmar, Die deregulierten Finanzmärkte - autonome Zonen außer Kontrolle? in: Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag 1998a, 3ff.
- Ders., 1998b: Ort und Zeit des Politischen unter den Bedingungen der ökonomischen Globalisierung, in: Messner, hg., 1998, 74ff.
- Ders., 1999: Den Mechanismus der Globalisierung regulieren, in: BAG Wirtschaft und Finanzen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hg., Internationale Finanzmärkte und Reformpolitik - wer steuert wen?, Freiburg/Bonn
- Altvater/Brunnengräber/Haake/Walk, hg., 1997: Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 1997 (2000)
- Altvater, Elmar, Mahnkopf, Birgit, 1996: Die Grenzen der Globalisierung, Münster 1996 (2000)
- Anderson, Sarah, Cavanagh, John, Lee, Thea, 2000: The Field Guide to the Global Economy, New York
- Arestis, Philip, Sawyer, Malcolm, What role for the Tobin tax in world economic governance, in: Michie, Grieve Smith 1999
- Arato, Andrew, Cohen, John L., 1989: Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society, in: Honneth, Axel, hg., Zwischenbetrachtungen im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt a. M., 482ff.
- Arruda, Marcos, Cavanagh, John, Wysham, Daphne, hg., Beyond Bretton Woods: Alternatives to the Global Economic Order, Boulder, Co., 1994 (dt., Hamburg 1994)
- Barlow, Maud, Clarke, Tony, 2000: The Battle after Seattle. A Working Paper for Strategic Planning and Action on the WTO, January 31
- Beck, Ulrich, 1999: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?, in: Eichel u.a 1999
- Ders., Vision: Weltbürgergesellschaft. Zwölf Thesen, in: ders., Schöne neue Arbeitswelt 1999, 190ff.
- Brand, Ulrich, 1997: Aufgeklärte Herrschaft(en). Taugt der Begriff Global Governance für demokratische internationale Politik?, Forum Umwelt und Entwicklung, Rundbrief Nr. 4
- Ders., 2000a: Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise, Münster
- Ders., 2000b: Die unmögliche Reform. „IWF, Weltbank und WTO abschaffen!“, bleibt eine legitime Forderung, INKOTA-Brief 28, Nr.113, 29f.
- Ders., Brunnengräber, Achim, Schrader, Lutz, Stock, Christain, Wahl, Peter, 2000: Global Governance - Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster
- Brecher, Jeremy, Brown Childs, John, Cutler, Jill, 1993: Global Visions. Beyond the New World Order, Cambridge, Mass.
- Brecher, Jeremy, Costello, Tim, Smith, Brendan, 1998: Global Village or Global Pillage. Economic Reconstruction from the Bottom Up, Cambridge, Mass.
- Dies., 2000a: Globalization from Below. The Power of Solidarity, Cambridge, Mass.
- Dies., 2000b: Fight where you stand! Why Globalization Matters in Your Community and Workplace and How to Address It at the Grassroots, Boston
- Brunnengräber, Achim, 1997: Advokaten, Helden und Experten - NGOs in den Medien, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 10, H. 4, 13ff.
- Ders., Achim, Walk, Heike, 2000: Die Globalisierungswächter, Münster
- BOKO, 1999: Anforderungen an einen 'Neuen Internationalismus'. In: Dies., kölngehen, Hamburg

Bundesbank, 1999: Hedge-Fonds und ihre Rolle auf den Finanzmärkten, Deutsche Bundesbank Monatsbericht, März

Cavanagh, John, Anderson, Sarah, 1998: The Impact of Capital Flows on Workers in the Global Economy, Institute for Policy Studies, Washington, D.C.

CETIM (Centre Europe - Tiers Monde), 2000: FMI. Les peuples entrent en résistance, Genf

Chahoud, Tatjana, 1988: Das Imperium schlägt zurück. Funktionswandel des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, in: Altvater u.a. 1988

Chazan, Naomi, 1992: Africa's Democratic Challenge. Strengthening Civil Society and the State, World Policy Journal, 9, 279ff.

Chesnaix, Francois u.a., 1996: La Mondialisation financière. Genèse, coût et enjeux, Paris

Ders., Tobin or not Tobin, Paris 1998

CIDSE (International Cooperation for Development and Solidarity), 2000: A Tax on Foreign - Exchange Transactions. Report of a consultation held by CIDSE in collaboration with the University of Antwerp, Oct. 22, 1999.

Chossudovsky, Michel, 1997: The Globalisation of Poverty. Impact of IMF and World Bank Reforms, Penang/London

Clarke, Tony, 2000: Dismantling Corporate Rule. Towards a New Form of Politics in an Age of Globalization. A Set of Working Instruments for Social Movements, International Forum on Globalization

Clinton, William, 1998: Remarks by the President to the Opening Ceremony of the 1998 International Monetary Fund/World Bank Annual Meeting, The White House, Washington, D.C., October 6th

Covey, Jane G., 1997: 'Critical cooperation? Influencing the World Bank through policy dialogue and operational cooperation, in: Fox/Brown 1997

D'Arista, Jane, 1998: Financial Regulation in a Liberalized Global Environment, Financial Markets Center, Washington, D.C.

Demirovic, Alex, 1997: Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft, in: Ders., Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster

Desai, Meghland, 1998: Global Governance, in: Messner, hg., 1998, 323ff.

Dieter, Heribert, 1998: Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg 1998

Ders., 2000a: Reformbemühungen: gedämpft. Neue globale Finanzordnung einstweilen nicht durchsetzbar, Entwicklung und Zusammenarbeit, H.5

Ders., 2000b: Nach den Krisen der 90er Jahre: Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte?, PROKLA 30, Nr. 118,

Duchrow, Ulrich, Gück, Martin, 1994: Economic Alternatives. Responding to the Fifty Years of the Dominant Financial Systems Established at Bretton Woods, Heidelberg

Eatwell, John, Taylor, Lance, International Capital Markets and the Future of Economic Policy, Center for Economic Policy Analysis, August 1998

Eichel, Hans, Hoffmann, Hilmar, 1999: Ende des Staates - Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Reinbek

Eichengreen, Barry, Tobin, James, Wyplosz, Charles, 1995: Two cases for sand in the wheels of international finance, Economic Journal 105, May, 162ff.

Felix, David, 1999: Reform der globalen Finanzarchitektur, Informationdienst Weltwirtschaft und Entwicklung WEED, Sonderdienst 7

Focus on the Global South u.a., 2000: Erklärung von Prag, Prag, 28.9.

Forum for Environment and Development, hg., 1999: Global financial Challenges. Toward a responsible financial architecture for the developing countries, Oslo

- Foster, John W., Anand, Anita, 1999: *Whose World Is It Anyway?: Civil Society, the United Nations, and the Multilateral Future*, Ottawa 1999
- Fox, Jonathan, Brown, David, hg., 1997: *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grass Roots Movements*, Cambridge, Mass.
- Frenkel, Michael, Menkhoff, Lukas, 2000: *Stabile Weltfinanzen? Die Debatte um eine neue internationale Finanzarchitektur*, Berlin/Heidelberg
- Gamble, Andrew, 1999: *The Last Utopia*, *New Left Review* 236,
- George, Susan, *A Fate Worse Than Death*, Harmondsworth 1988
- Dies., 1992: *The Debt Boomerang. How Third World Debt Harms Us All*, Boulder/London
- Dies., 1998: *How to win the war of ideas*, *ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 21, Dezember
- Gerster, Richard, 2000: *Geberstrategien im Vergleich: Wege aus der Armut?*, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung. Sonderdienst Nr. 2, Bonn
- Gill, Stephen, hg., 1993: *Gramsci, Historical Materialism, and International Relations*, Cambridge
- Görg, Christoph, Hirsch, Joachim, 1998: *Chancen für eine 'internationale Demokratie'*, *Das Argument* 40, Nr. 225, 319ff.
- Gordenker, Leon, Weiss, Thomas G., 1995: *Pluralising global governance: analytical approaches and dimensions*, *Third World Quarterly*, 16, No.3, 357ff.
- Dies., 1996: hg., *NGOs, the UN, and Global Governance*, Boulder, Co.,
- Dies., 1997: *Devolving responsibilities: A framework for analysing NGOs and services*, *Third World Quarterly*. 18, No. 3, 443ff.
- Gray, John, *False Dawn. The Delusions of Global Capitalism*, London 1998
- Griesgraber, Jo Marie, Gunter, Bernard G., hg., 1996: *The World's Monetary System. Toward Stability and Sustainability in the Twenty-First Century*, London
- Haq, M., Kaul, I., Grunberg, I, hg., *The Tobin Tax. Coping with Financial Volatility*, Oxford 1996
- Habermas, Jürgen, 1998: *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt a.M.
- Haug, W.F., 1998: *Von Gramsci lernen für einen neuen Internationalismus*, *Das Argument*, 40, Nr. 225, 345ff.
- Heins, Volker, 1998: *Globalisierung und Demokratie - Zur zweiten Runde der Diskussion um die Zivilgesellschaft*, Ms.
- Helleiner, E. 1995: *Explaining the globalization of financial markets*, *Review of International Political Economy*, 2, No. 2, 315ff.
- Hellinger, Stephen, *Testimony ... regarding congressional funding of the International Monetary Fund presented to the subcommittee on general oversight and investigations, Committee on banking and financial services, U.S. House of Representatives, 21 April 1998*
- Hirsch, Joachim, 1992: *Regulation, Staat und Hegemonie*, In: *Demirovic 1992*, 203ff.
- Ders., 1993: *Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus*, *Das Argument*, Nr. 198, 195ff.
- Ders., 1999: *Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftsverändernde Akteure?*, Ms.
- Ders., 2000: *Die Internationalisierung des Staates*, *Das Argument*, Nr. 237
- Holland, Stuart, *Towards a New Bretton Woods: Alternatives for the Global Economy. A Report for the FAST Programme of the EU*, Bruxelles 1993
- Huffschild, Jörg, 1999: *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- IMF/World Bank, 1999: *Poverty Reduction Strategy Paper on Operational Issues*, December 10
- Ichiyo, Muto, 1998: *For an alliance of hope*, *Brecher u.a.* , 147ff.
- Jessop, Bob, 1997: *Die Zukunft des Nationalstaats - Erosion oder reorganisation?*, in: *Steffen Becker u.a., hg., Jenseits der Nationalökonomie?*, Hamburg
- Jordan, Lisa, *The Bretton Woods challengers*, in: *Griesgraber/Gunter 1996*

- Kairos Europa, hg., Documentation of the Hearing „The Political Responsibility of the European Union for the International Financial Order ...“, Brussel June 27, 1994
- Keck, Margaret, Sikkink, Kathryn, Activists without Borders, Transnational Advocacy Networks in International Politics, Ithaca 1998
- Kettner, Martin, 1995: Die Angst des Staates vor dem Widerspruch seiner Bürger, Frankfurter Rundschau, 17.10.
- Kirshner, Orin, hg., 1996: The Bretton Woods-Gatt System, Armonk, N.Y.
- Kocka, Jürgen, 2000: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: Hildemeier, Manfred u.a., Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West, Frankfurt a. M.,
- Koordinierungskreis, 2000: Erklärung für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, in: Osterhaus u.a., 2000, 60
- Korten, David, 1990: Getting to the 21st Century. Voluntary Action and the Global Agenda, West Hartford, CT
- Ders., When Corporations Rule the World, San Francisco 1995
- Koschützke, Albrecht, 1994: Die Lösung auf der Suche nach dem Problem: NGOs diesseits und jenseits des Staates, in: Jenseits des Staates? (Lateinamerika. Analysen und Berichte 18), Berlin, 39ff.
- Kürzinger, Edith, Zehender, Wolfgang, hg., 1989: IWF und Weltbank in Berlin 1988: Gegenwärtige Politiken und Reformbedarf, Berlin
- Lahusen, Christian, Die Organisation kollektiven Handelns - Formen und Möglichkeiten internationaler Kampagnen, in: Altvater/Brunnengräber 1997, 175ff.
- Lauterbach, Eli, Sovereignty: myth or reality?, International Affairs, 73, No. 1, 137ff.
- Lawyers Committee on Human Rights, The World Bank: Governance and Human Rights, New York 1993
- Levinson, Jerome, 1992: Multilateral financial institutions. Which forms of accountability?, The American University Journal of International Law and Policy, 89, No. 1, 39ff.
- Lipietz, Alain, 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der 'Regulation', PROKLA, Nr. 58, 109ff.
- Ders., Die große Transformation des 21. Jahrhunderts, Münster 2000
- Lipschutz, Ronnie D., 1992: Reconstructing world politics. The emergence of Global Civil Society, Millennium 21, No. 3, 389ff.
- Lütz, Susanne, 2000: Globalisierung und die politische Regulierung von Finanzmärkten, PROKLA 30, Nr. 118, 61ff.
- Malena, Carmen, 1995: Working with NGOs, Washington, D. C.
- Martenbauer, Markus, 2001: An emancipatory alternative to neoliberalism, in: Cuperus, K., hg., Multiple Third Ways. European Social Democracy facing the Twin Revolution of Globalisation and the Knowledge Society, Amsterdam u.a. 2001, 103ff.
- Merten, Hans-Lothar: 1998: Derivate: Riskant, aber profitabel, Regensburg
- Messner, Dirk, 1997: Netzwerkforschung, in Altvater u. a. 1997
- Ders., hg., Die Zukunft des Staates und der Politik, Berlin 1998
- Ders., 2000: Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der 'Ära des Globalismus'?, PROKLA 30, Nr. 118, 123ff.
- Ders., Nuscheler, Frank, 1996a: Global Governance. Herausforderung an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper, Bonn
- Dies., 1996b: Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik, in: Dies., hg., Weltkonferenz und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Bonn
- Michie, Jonathan, Grieve Smith, John, 1999: The Political Economy of World Economic Governance, London
- Mosebach, Kai, 2000: Krisen, Crashes und Spekulanten, in: Osterhaus u.a. 2000, 29ff.

- Nederveen Pieterse, Jan, hg., *Global Futures: Shaping Globalization*, London 2000
- Nelson, Paul J., 1995: *The World Bank and Non-Governmental Organisations. The Limits of Apolitical Development*, London 1995
- Ders., 1996: Internationalising economic and environmental policy: transnational NGO networks and the World Bank's expanding influence, *Millennium. Journal of International Studies* 25, No. 3, 605ff.
- Nuscheler, Frank, Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept, *PROKLA* 30, Nr. 118, 151ff.
- O'Briee, Robert, Goetz, Anne Marie, Scholte, Jan Aart, Williams, Marc, 2000: *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge
- OECD, 2000: *Towards Global Tax Co-operation. Report tot the 2000 Ministerial Council meeting and recommendations by the Committee of Fiscal Affairs*
- Osterhaus, Anja, 2000: Brandbekämpfung mit der Feuerpatsche - die offiziellen Reformvorschläge, in: Osterhaus u.a. 2000, 46ff.
- Osterhaus, Anja, Mosebach, Kai, Wahl, Peter, Waldow, Peter, *Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise - Hintergründe - Alternativen*, Heidelberg/Bonn 2000a
- Dies., *Entschleunigung von unten*, *INKOTA-Brief*, Nr. 113, 11ff.
- Oxfam, 2000: *Tax Havens. Releasing the Hidden Billions for Poverty Eradication*, Briefing Paper, June 2000
- Perraton, Jonathan, Goldblatt, David, McGew, Anthony, *The globalisation of economic activity*, *New Political Economy*, 2, No. 2 257ff.
- Polaris Institute, Canada, 1998: *Towards a Citizens' MAI: An Alternative Approach to Devekloping a Global Investment Treaty Based on Citizens' Rights and Democratic Control*
- Pollack Aaron, 2000: *Cross-Borders, Cross-Movement Alliances in the Late 1990s*, in: Ders., *Epistemological Struggle and International Organizing*, Den Haag
- PROKLA-Redaktion, 2000: *Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?*, *PROKLA* 30, Nr. 118, 2ff.
- Raghavan, Chakravarti, 2000: *NGOs launch 'Shrink or Sink' campaign against WTO*, *The Hindu*, April 10
- Raffer, Kunibert. 1998: *Fairer Ausgleich: Ein internationales Insolvenzrecht nach amerikanischem Mustere senkt die Schuldenlast*, *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 9, 20ff.
- Raschke, Joachim, 21988: *Soziale Bewegungen*, Frankfurt a.M.
- Rich, Bruce, *Mortgaging the Earth. The World Bank, Environmental Impoverishment and the Crisis of Development*, Boston 1994
- Riedel, Manfred, 1975, 'Bürgerliche Gesellschaft', in: Brunner, Otto u.a., hg., *Geschichtliche Grundbegriffe*, Stuttgart, 719ff.
- Scherrer, Christoph, 2000a: *Freihandel als hegemoniales Projekt? Zur Geschichte der Außenwirtschaftspolitik in den USA*, *Widerspruch*, Zürich, No. 38
- Ders., 2000b: *Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus*, *PROKLA* 30, Nr. 118, 13ff.
- Schatzenstaller, Margit, *Die Chancen und Risiken der deregulierten Finanzmärkte unter besonderer Berücksichtigung der Derivate*, in: *Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag 1998*, 11ff.
- Schubert, Alexander, 1985: *Die internationale Verschuldung*, Frankfurt a.M.
- Ders., 1997: *Finanzen und Staatsverschuldung*, in: *Stiftung Entwicklung und Frieden*, hg., *Globale Trends 1998*, Frankfurt a.M.
- Schwartzman, Stephen, 1986: *Bankrolling Disasters*, Washington, D.C.
- Sharma, Krishnan, 1999: *Understanding the Dynamics Behind Excess Capital Inflows and Excess Capital Outflows*, in: Herman, Barry, hg., *Global Financial Turmoil and Reform. A United Nations Perspective*, UNECOSOC - UNU Policy Perspectives, Tokio u.a.

Singer, Otto, 1992: Policy-Communities und Diskurs-Koalitionen. Experten und Expertise in der Wirtschaftspolitik, Politische Vierteljahrschrift, Sonderheft 24, 149ff.

Singh, Kavaljit, 1998: A Citizen's Guide to the Globalization of Finance, Neu Delhi 2000

Ders., 1999: Regulating Global Capital Flows: Policy, Challenges and Alternatives, Delhi/London

Stiglitz, Joseph, 1998: More Instruments and broader goals. Moving towards a Post-Washington Consensus, World Bank, Washington, D.C.

Ders., 2000: Democratic Development as the Fruits of Labor, World Bank, Washington, D.C.

Tetzlaff, Rainer, 1996: Weltbank und Währungsfonds. Gestalter der Bretton-Woods-Ära, Opladen

Toussaint, Eric, 1999: La bourse ou la vie, Bruxelles u.a. 21999

Ders., Zacharie, Arnaud, 2000: Le bateau ivre de la mondialisation, Bruxelles u.a. 2000

United Nations Development Program (UNDP), 1999: Human Development Report 1999, New York

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), 1999: Trade and Development Report 1999, Genf

Unmüßig, Barbara, 2000a: Ein Jahr nach den Kölner HIPC-Beschlüssen - eine kritische Zwischenbilanz, in; WEED, hg., Schuldenreport, Bonn

Unmüßig, Barbara, 2000b: Unbekanntes Wesen, Tageszeitung 21,10,

Dies., Walther, Miriam, 2000: Sind Hoffnungen berechtigt? Die neue 'Armutsorientierung' des IWF, INKOTA-Brief 28, Nr. 113, 26ff.

Wachtel, Howard M., The mosaic of global taxes, in: Pieterse 1999, 83ff.

Wahl, Peter, Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft, in: Altvater u.a. 1997, 293ff.

Ders., 1998: Finanzmärkte, Welthandel, Wohlstandsentwicklung. Überlegungen der NROs zur Verbesserung der Entwicklungschancen der ärmeren Ländern, in: Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag 1998, 28ff.

Walkdow, Peter, 2000a: Wie funktionieren die internationalen Finanzmärkte?, in: Osterhaus u.a. 2000, 16ff.

Ders., 2000b: Kasinokapitalismus, Inkota-Brief 113, 9ff.

Walk, Heike, Brunnengräber, Achim, 1995: Die 'NGO-Community' im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Fragmentierungsprozessen, Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 59/60, 118ff.

Waterman, Peter, Globalization, Social Movements, and the New Internationalism, London 1999

Weiss, Linda, 1998: The Myth of the Powerless State, Cambridge

Dies., 1999b: Managed openness: beyond neoliberal globalism, New Left Review No. 238,

Wirth, David, 1997: Partnership advocacy in World bank environmental reform, in: Fox/Brown 1997

Wolfensohn, James D., Let's Hear Everyone and Get on With Imaginative Solutions, International Herald Tribune, January 28, 2000

World Bank, 1994: The World Bank on Participation, Washington, D.C., 1994

Dies., 1995: Participation Sourcebook, Washington, D.C.

Dies., 1997: The State in a Changing World, World Development Report 1997, Washington, D.C.

Dies., 2000: Working together. The World Bank's Partnership with Civil Society, Washington, D. C.

Wyplosz, Charles, 1999: Financial instability and its costs, in: Forum for Environment and Development 1999,

Zee, Howell H., 2000: Retarding Short-Term Capital Flows through Withholding Tax, IMF Working Papers WP/00/40, March 2000

Anhang: Glossar zu dem Feld der internationalen Finanzmärkte (mit Web-Adressen)

50 years are enough. US network for global economic justice - www.50years.org

Alliance for Democracy - www.afd-online.org

Alternative Information and Development Centre (AIDC), Cape Town, South Africa - <http://aidc.org.za>

ATTAC! - www.attac.org

ATTAC- (D) - www.share-online.de/Finanzmaerkte

BIZ - Bank für Internationale Zahlungssysteme ('Zentralbank der Zentralbanken') - www.bis.org

Campagne française pour la réforme des Institutions financières internationales - www.globenet.org/ifi

Campagna per la Riforma della Banca Mondiale (Rom 1996)

CADTM (Comité pour l'annulation de la dette du tiers monde), Bruxelles - <http://users.skynet.be/cadtm>

CIDSE - International Cooperation for Development and Solidarity - www.cidse.be

Commission on Global Governance - www.cgg.ch

EURODAD - European network on Debt and Development - www.oneworld.org/eurodad

Financial Markets Center - www.fmcenter.org

Financial Stability Forum ('Tietmeyer Forum'), seit April 1999

Financial Stability Institute - www.bis.org/about/fsi.htm

Focus on the Global South, Thailand - www.focusweb.org

Global policy forum - www.globalpolicy.org

G 7 - Gruppe der 7 größten Industrieländer: USA, GB, F, I, D, CDN, J

G 8 - G 7 plus Russland

G 20 - G8 plus Schwellenländer: Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Saudi Arabien, Südafrika, Türkei

Halifax Initiative - www.web.net/~halifax

International Monetary Fund (IMF) - www.imf.org

IFG, International Forum on Globalization

INPEG - Initiative Against Economic Globalization, www.inpeg.ecn.cz

International Network on Disarmament and Globalization - www.indg.org

Jubilee 2000 Coalition - www.oneworld.org/jubilee2000

Jubilee South - <http://www.jubileesouth.net>

Kairos Europa - www.kairoseuropa.org

Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) - <http://kctu.org>

Network Institute for Global Democratisation - www.niigd.u-net.com

OECD - www.oecd.org

Oxfam - www.oxfam.org.uk

PGA - People's Global Alliance against Free Trade and the World Trade Organization (seit 1997)

Public Citizens - www.citizen.org

Public Interest Research Group (PIRG-India) - www.pirg.univ.ernet.in

Rede Brasil, brasilian. Netzwerk für eine Tobin-Steuer

SAPRIN, Structural Adjustment Participatory Review International Network - www.developmentgap.org/saprin

Third World Network, Malaysia - twn@igc.apc.org

Tobin Tax Initiative USA - www.tobintax.org

TOES, The other economic summit - <http://pender.ee.upenn.edu/~rabii/toes>

UNCTAD - United Nations Conference on Trade and Development - www.unctad.org

War on Want - www.waronwant.org

WEED - www.weedbonn.org

World Bank - www.worldbank.org

World Bank/WTO Trade and Development Center - www.itd.org